





# Über Sibirien hängt der Himmel voller Hindernisse

Eigentlich wollte die Lufthansa schon bald nonstop über Sibirien nach Japan fliegen. Doch Moskau witterte die Chance für einen Deal - der den Lufthansa-Flug sehr mißfällt.

Von GERD BRÜGGEMANN

Seit den ersten Tagen des April hat sich die Flugzeit zwischen Europa und Japan um gut drei Stunden verringert, allerdings nur für Flugsichernde, die in London und Paris abfliegen oder ankommen. British Airways, Air France und Japan Airlines haben den Nonstop-Flugverkehr zwischen den westeuropäischen Metropolen und Tokio aufgenommen. Die Flugsichernden setzen Maschinen vom Typ Boeing 747-300 ein, die den kürzeren Weg über die Weiten Sibiriens ohne Zwischenlandung bewältigen können.

Im Sommer 1987 möchte auch die Lufthansa ihren Japan-Passagieren diese Route anbieten. Dann hat die deutsche Gesellschaft die technischen Voraussetzungen geschaffen und wohl auch eine Vereinbarung mit ihrem fliegenden Personal getroffen, dem auf solchen Langstrecken besonders viel abverlangt wird. Bis dahin müssen die Flugsichernden aus der Bundesrepublik noch den Weg über den Pol mit Zwischenlandung in Anchorage oder über die sogenannte Südroute mit Stopp in Karaschi fliegen. Vor den Plänen der Lufthansa haben sich nämlich unerwartete Hindernisse aufgetan: Es fehlen die Überflugrechte über Sibirien.

## Die Sowjets fordern einen hohen Preis

Nun ist es keineswegs so, daß die Sowjets der Lufthansa solche Rechte schlechthin verweigern, aber sie verlangen einen Preis dafür, den die deutsche Gesellschaft vorerst jedenfalls nicht zahlen will. Dabei sah es vor einem Jahr noch sehr viel erfreulicher aus. Vom 15. bis 18. Mai 1985 war Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau auf Einladung des sowjetischen Zivilflugfahrt-Ministers Bagajew nach Moskau geflogen. Man kam überein, schon bald ein Langstrecke-Programm auszurufen.

Ruhnau kam mit dem Eindruck zurück, daß sich in diesem Rahmen auch die für 1987 geplanten Nonstopflüge nach Tokio verfolgen ließen. Am 28. und 27. Februar dieses Jahres reiste deswegen eine Lufthansa-Expertenkommission nach Moskau, um mit ihren Kollegen von Aeroflot die Konditionen auszuhandeln. Sie kam unverrichteter Dinge zurück.

Die Russen nutzten die Gelegenheit und forderten, daß die Sibirien-Route - auch wirtschaftlich und finanziell - nur gemeinschaftlich und gleich häufig befliegen werden könne. Sie verlangten außerdem, daß bei jedem zweiten Flug die Lufthansa eine Zwischenlandung in Moskau einlegen müsse, was aus Sicht der Lufthansa unsinnig ist. Die Russen wünschen weitgehende Rechte der sogenannten Fünften Freiheit, vor allem das Recht, Passagiere aus der Bundesrepublik nach Mittel- und Südamerika zu befördern. Und sie bestehen auf freiem Flugscheinverkauf in der Bundesrepublik.

Vor allem dieser Forderung wollen die Lufthansa unter keinen Umständen entsprechen, denn ebenso wie die Lufthansa schon einmal das Recht hatte, Sibirien zu überfliegen, verfügen die Russen hierzulande über den freien Flugscheinverkauf - ein katastrophales Ergebnis für die Lufthansa. Die Russen dachten nämlich überhaupt nicht daran, sich an die vereinbarten und genehmigten Tarife zu halten, sondern unterboten sie um bis zu 50 Prozent. Das schlechte Beispiel verführte auch andere Flugesellschaften, und binnen kürzester Zeit entstand in der Bundesrepublik ein grauer Markt mit Flugscheinen, der vor allem die Lufthansa teuer zu stehen kam.

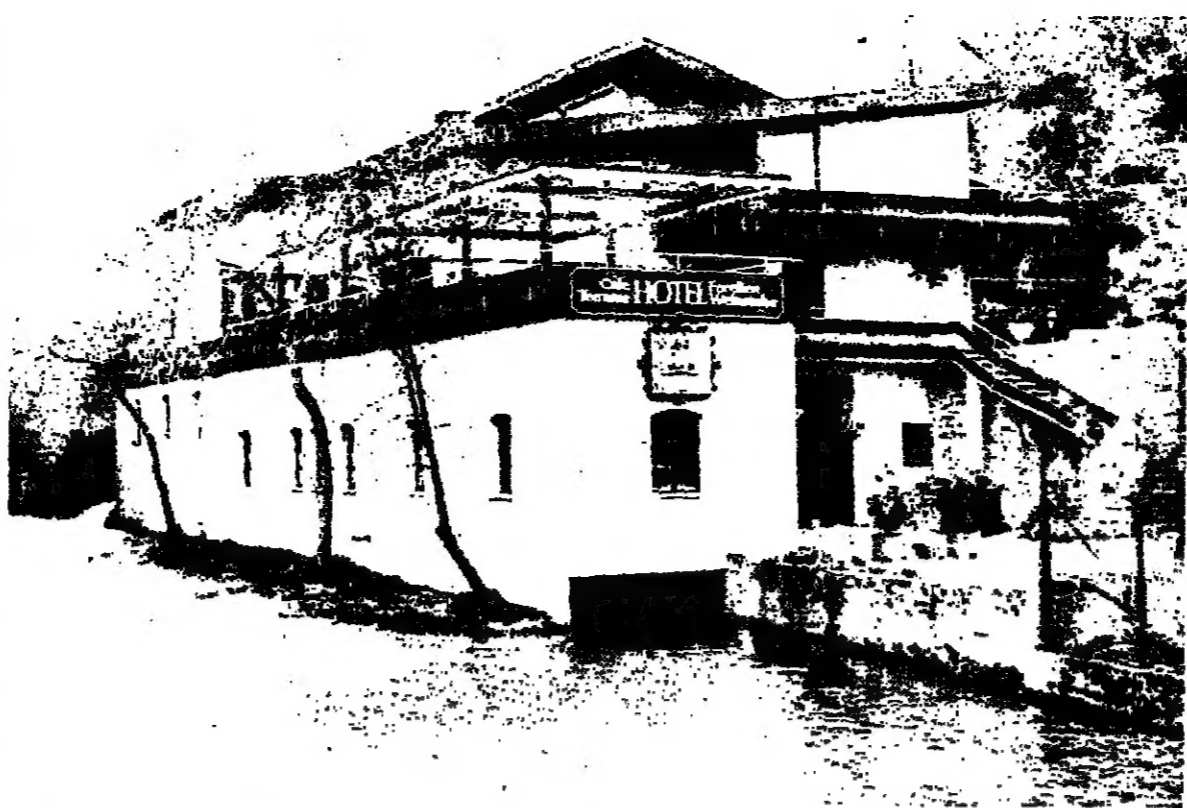
Da das Bundesverkehrsministerium diesen Mißbrauch schon aus Mangel an Kontrollpersonal nicht stoppen konnte, entschloß sich die Bundesregierung, diesen Teil der Vereinbarung mit der Sowjetunion vor zwei Jahren zu kündigen. Das war möglich, weil in dem allgemeinen Luftverkehrsabkommen aus dem Jahre 1971 die Sibirien-Route ausgeschlossen war. Sie wurden erst in einem „Sibirien-Protokoll“ von 1973 vereinbart. In diesem Protokoll mußte Bonn auch den freien Flugscheinverkauf zugestehen.

Jahrelang versuchte die Lufthansa, dieses Protokoll zu verbessern, allerdings ohne Erfolg. Über den deutschen Wunsch nach freiem Flugscheinverkauf in der UdSSR verhandelte Moskau erst gar nicht, weil er angeblich gegen sowjetische Gesetze verstößt. Die Kündigung des Protokolls war mithin eine sinnvolle Konsequenz, zumal die Lufthansa wenig auf Flug über Moskau nach Tokio mit Jets der ersten Generation waren nicht mehr wettbewerbsfähig. Bei der Lufthansa weiß im Augenblick niemand so recht, wie es weitergehen soll; neue Verhandlungen erscheinen wenig aussichtsreich, denn die Experten, die im Februar an der Moskauer Konferenz teilgenommen hatten, berichteten ihrem Vorstand: „Bestimmtheit und Beharrlichkeit, mit der die Bedingungen vertreten wurden, lassen ein Abrücken von den überzogenen Positionen nicht erkennen.“

## Auf der Suche nach einem Druckmittel

Im Lufthansa-Haus in Köln-Deutz wird deswegen jetzt überlegt, ob es nicht einen anderen Weg geben könnte, Druck auf die Sowjets auszuüben. Dabei kam den Lufthansa-Experten ein Papier von British Airways in die Hände, in dem zusammengestellt ist, in welchem Ausmaß Liniendienste von Aeroflot europäisches Gebiet überfliegen. Sie zählten 258 wöchentliche Flüge, davon allein 56 über die Bundesrepublik, im Sommer sollen es sogar 70 sein. Dem stehen nur wenige Überflüge westeuropäischer Gesellschaften über die UdSSR gegenüber.

Die Lufthansa will nun versuchen, unter dem Aspekt der sonst von den Sowjets so hoch geschätzten Gegenseitigkeit, auf der Ebene des Verbandes der europäischen Luftfahrt-Gesellschaften, eine gemeinsame Front aufzubauen, um die Russen zum Einlenken zu bewegen. Eine Beschränkung der Überflugrechte über Westeuropa müßte die Aeroflot schmerzlich treffen.



# Ein Dorf in Schwaben sieht rot

Der Pfarrer warnt vor zu erwartendem Gruppen-Sex, der Kolping-Verein sammelt Protestunterschriften, und die örtliche CDU bittet beim Ministerpräsidenten um weltlichen Beistand. Der vereinte Protest der Dörfler richtet sich gegen die rotgewandeten Jünger des Guru Bhagwan, die im schwäbischen Zwiefalten ein Meditationszentrum einrichten wollen.

Von HARALD GÜNTHER

Als sich droben auf der Alb, in Trochelfingen, die ersten weiblichen „Catcher“ im Schlammland wälzten, da riefen im frommen Zwiefalten die Kirchenglocken zum Sühnegottesdienst. Zwei Jahre später, im März 1986, mußte Dekan Alois Gueter abermals auf die Kanzel steigen, um das Böse von den kleinen, heiligen Welt Oberschwabens fernzuhalten. Doch diesmal ging's um die eigene Gemeinde. Zwiefalten, staatlich anerkannter Erholungsort auf halbem Weg zwischen Stuttgart und dem Bodensee, 2400 Einwohner, bekannt durch sein späthoches Kloster und sein Bier, sollte zur neuen Heimat des Münchner „Rajneesh Byen-Instituts für spirituelle Therapie und Meditation“ werden.

Besagtes Institut hatte im März das pleite gegangene 15-Betten-Nobelpital „Forellental“ im Ortsteil Gosselzungen für 775 000 Mark (einschließlich Inventar) erworben. Ab 30. Mai sollten da, wo schon Präsidenten und Minister ihr müdes Haupt niedergelegt hatten, Jedermannkurse in Meditation, Bewegung- und Atemtherapie, Psychologie, Geburtshilfe und Fasten anlaufen. „Mensch und Natur“, schwärmte die Kläuter angesichts der ländlichen Idylle am Oberlauf der Aach, würden hier „in Harmonie miteinander leben“ können.

Oder auch nicht. Hinter dem Münchner Institut, einer GmbH in Gründung, stehen rund 20 von angeblich 30 000 deutschen Untertanen aus dem zusammengebrochenen Imperium des Guru Bhagwan Shree Rajneesh, Sanyasin also. Und das verhielt nichts Gutes. Gleich nach Bekanntwerden des Immobiliengeschäfts meldete sich bei Bürgermeister

ster Karl Ragg „Die Frau aller Völker“, eine Arbeitsgemeinschaft im Seelsorgeamt der Diözese Würzburg und warnte vor dem „neuen Aschram“ in Zwiefalten, der „neues Leid, neue soziale Folgekosten“ über die Menschen bringen werde. Denn Bhagwan, der „Erleuchtete“, predigte das „Ausleben aller Triebe“ durch Männer, die „auf raffinierte Weise möglichst viele Frauen auf einmal befriedigen“. Eine sündige, obendrein aber wenig dauerhafte Befriedigung. Am Ende, so hieß es in dem Brief aus Würzburg, stehe „ein Heer wunsch- und antriebsloser grauer, lenkbarer Mäuse“.

Vor Ort brach man's auf eine einfachere Formel. Statt naturnaher Entspannung, mutmaßte Pfarrer Gueter in seiner nächsten Sonntagspredigt, suchen die Sanyasin in Zwiefalten „Gehirnwäsche und Gruppensex“. Und das auch noch zu Wucherpreisen. Ein besserer Meditationskurs in „Byenland“, wie das „Forellental“ fortan heißen sollte, kostete rund 8700 Mark Tagessmoot: „Alles oder nichts“.

So kam es zum größten Volksaufstand seit Säkularisierung der Benediktinerabtei anno 1802. Es gab eine Bürgerversammlung mit dem evangelischen Sektenforscher Friedrich Wilhelm Haack, weitere Gebetsaufrufe zur „Abwendung“ der roten Gefahr, flankierende Stellungnahmen des örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten Toni Pfeiffer, dem der Aufzug der Sanyasin im Aschram ebenfalls „einfach nicht vorstellbar“ erschien, eine Flut von Alarm-Meldungen und Leserbriefen in der Lokalpresse, aber auch anonyme Schmähbriefe und Drohanrufe bei Lisa Hummel, der Witwe des zwei Jahre zuvor verstorbenen Hoteliers.

## Verschuldete Gemeinde konnte nicht kaufen

Die Bürgerinitiative, gestützt vom einflussreichen Kolpingverein, sammelte unter 1642 wahlberechtigten Bürgern 1189 Unterschriften gegen den Hausverkauf. Um die örtliche CDU, ein Landtagswahlergebnis von 76,6 Prozent im Rücken, bat Lothar Späth um irdischen Beistand. Es sei, so schrieb die Zwiefaltener Basis an den Ministerpräsidenten, die „Ver-

pftigung von Christdemokraten gegen diese antireligiöse Bewegung vorzugehen“.

Karl Ragg tat unterdessen sein möglichstes. Wohl wissend, daß Zwiefalten, die Gemeinde mit der größten Schuldenlast im Kreis, als Investor selbst nie in Frage kommen würde, verschleppte er den Besitzerwechsel unter Hinweis auf eine Art kommunales Vorkaufsrecht. Inzwischen, da selbst der Reutlinger Landrat feststellen mußte, daß der Vertragsabschluß „wasserdicht“ sei, wolle den Verwaltung und Gemeinderat einen Bebauungsplan für den 120-Seelen-Teilort Gosselzungen aufstellen. Die damit verbundene „Veränderungssperre“ soll im Bereich des 55 Ar großen „Forellental“-Grundstücks alle „wertsteigernden“ Aus- oder Umbauten verhindern.

„Wir sind ein Fremdenverkehrs-ort“, erklärt Bürgermeister Ragg die hektische Geschäftigkeit, „und wollen es auch bleiben“. Der gute Ruf Zwiefaltens würde „durch solche Leute“ nur ruiniert.

Den Leuten, um die es geht, ist die Lust am überschwäbischen Landleben fast schon vergangen. „Nach all dem Ärger wollen wir da nicht mehr unbedingt hin“, gesteht die Geschäftsführerin des Byen-Instituts, Marita Deutsch alias Ma Anand Dwari. Aber Vertrag ist Vertrag. Und die Verkäuferin, Frau Hummel? Sie sitzt längst zwischen allen Stühlen. „Ich bin vollkommen fertig“, sagt sie. Aber: „Ohne das Geschäft mit den Sanyasin werde ich zum Sozialhilfe-Mit 450 000 Mark Schulden und einer Witwenrente von 300 Mark im Monat. Deshalb bleibt sie bei ihrem Entschluß. Am 15. Mai übergebe ich das Haus“, bekräftigt die 64jährige. Notfalls, bis zur endgültigen Eigentumsübernahme, mietauf. Dann verläßt Lisa Hummel Zwiefalten für immer.

In den Ort traut sie sich vorerst nicht. So entgeht ihr, wie abends, am Stammtisch in der „Post“, plötzlich auch Verständnis und Selbstkritik laut werden. „Wir wollen doch alle Christen sein“, wundert sich ein älterer Herr, selbst langjähriges Gemeindeglied. Dann sagt er, daß „die christliche Nächstenliebe gebietet, denen zu helfen, die in Not sind“. Und Lisa Hummels finanzielle Not, die bestreitet keiner.



# „Co-Co“ sorgt in der Disco für die Partnerwahl

Erich Honeckers Lieblingskind, die Mikro-Elektronik, dient nun auch als Gag in der sozialistischen Disco. In Ost-Berlin stellt „Co-Co“ die Pärchen für die Rock-Fête zusammen - ein Contact-Computer.

Von H. R. KARUTZ

Nach der Roboter-Euphorie des SED-Parteitages rollt die Computer-Weile durch die Republik: Auf der Ostberliner Fischerinsel, einer Keimzelle Berlins, knipsen die Manager der Discothek „Ahorblatt“ zweimal im Monat die Chips aus sächsischer „Robotron“-Produktion schmieden Pärchen für eine Tanz-Stunde zusammen.

Das SED-Blatt „Berliner Zeitung“ beschrieb den technischen Vorgang bei der Premiere so: „Wer wollte, konnte seinen Vornamen, seine Wünsche und seine Tischnummer mit der Erwartung einspeichern, auf elektronischen Wege den idealen Partner im Saal ausfindig zu machen.“

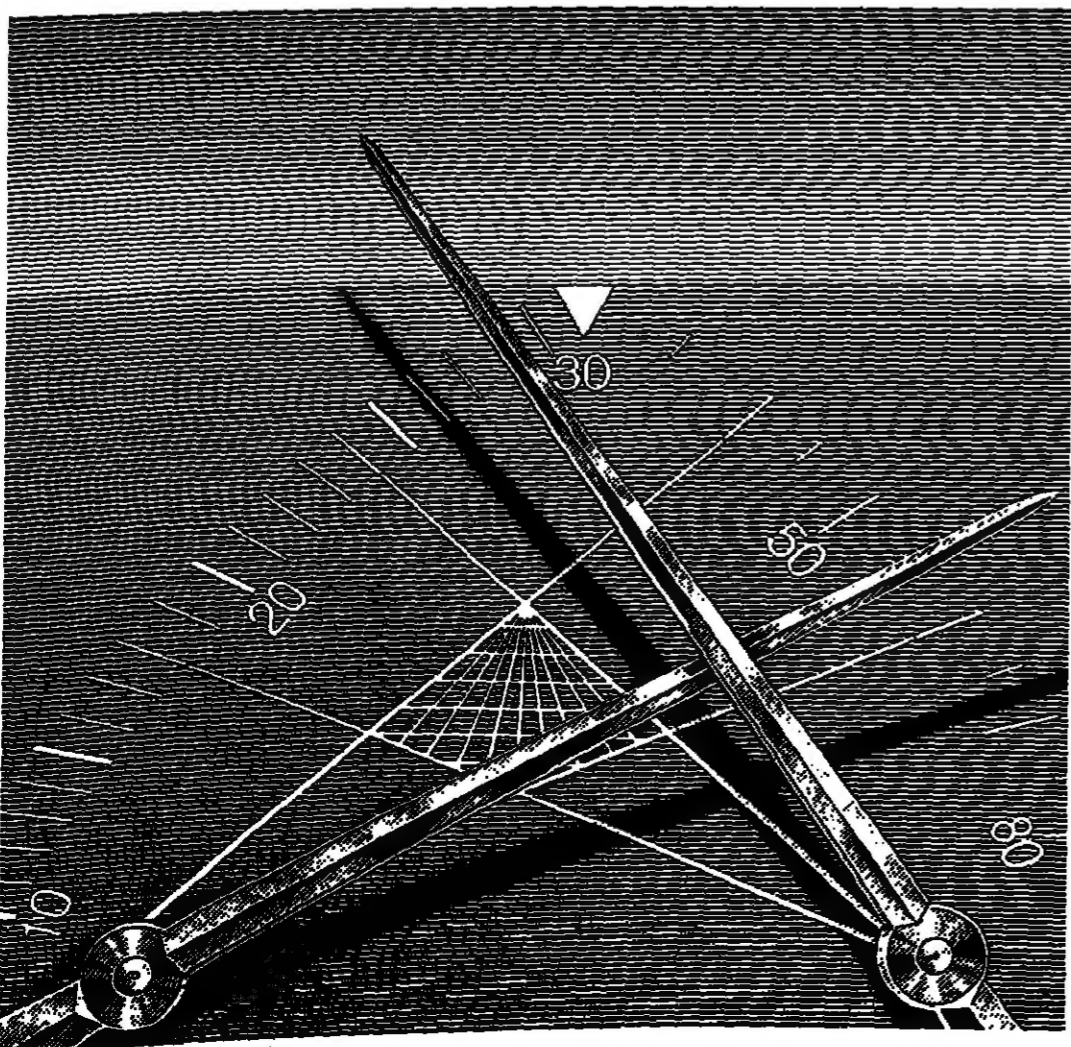
Jutta, am Tisch 14, von Elton John begeistert, kommt auf diese Weise mit Peter von Tisch 28 zusammen, dem NVA-Gefreiten mit dem Hang zur „DDR“-Rockband „Karst“. Die Tischtelefonie im „Resi“ oder „Walterchens Ballhaus“ seligen Angedenkens, Stätten Alt-Berliner Gemütlichkeit, haben endgültig dem Terminal Platz gemacht.

Die „New Wave“ der Partei, sich stärker als bisher um die Jung-Berliner zu kümmern, hat viele Gründe: Ost-Berlin ist, neben Leipzig, die Hauptstadt der Punker und „Flippis“. Diese Szene läßt sich zwar nicht in städtische Discos locken, aber der Nachwuchs soll durch sinnvolle Freizeit-Offerten vom Milieu ferngehalten werden.

Dem Hang zum „Schwof“, den Berlinern seit Zille-Ball und Pfingstkonzert ohnehin ein probates Kreislaufmittel, können die 210 000 Ost-Berliner zwischen 14 und 25 Jahren nur mit den üblichen sozialistischen Begleiterscheinungen nachkommen. Warteschlangen vor den Discos an der Schönhauser Allee, Kontrollen am Eingang - Jeansträger sind noch immer nicht allenthalben willkommen. „In diesem Jahr finden in jeder Woche 60 000 Jugendliche in Tanzgaststätten einen Platz“, lobte die SED-Zeitung. Nach Adam Riese fände demnach nur jeder dritte Ostberliner Junior einmal pro Woche Zugang zur Lustbarkeit auf dem Parkett.

Der Elektronik-Gag im „Ahorblatt“ nahe dem Alexanderplatz dient tagsüber als Betriebsgaststätte für Behördenmitarbeiter. Abends herrschte bisher Funkstille - also kam die ausgefeilte „DDR“-Kunst des Improvisierens zum Zuge. „Man schleppte Scheinwerfer für Lichtspots in den Saal. Bevor „Co-Co“ seine Spiele machen und die Pop-Songs auf die Jungschar rieseln durften, mußten drei Ministerien, die FDJ-Spitze und der Magistrat eingespannt werden.“

Seit das Disco-Fieber im neuen Fünfjahresplan („regelmäßige Durchführung von Tanzveranstaltungen auf hohem Niveau“) Aufnahme fand, läuft es besser mit dem sozialistischen Vergnügen. Mit oder ohne „Co-Co“, dem Faten für Partner.



# Unsere Initiativen für die Leistungsfähigkeit der Börse kommen Ihnen als Anleger zugute.

Neben bewährten Standardwerten, die eine solide und breite Angebotsbasis bilden, finden in zunehmendem Maße Aktien-Neuemissionen starke Beachtung an der Börse und stoßen auf lebhaftes Anlegerinteresse.

Als Partner trägt die Deutsche Bank mit dazu bei, durch Placierungen von Aktienemissionen expandierenden Unternehmen den Weg zum Kapitalmarkt zu ebnen. Damit wird für diese Unternehmen die finanzielle Basis zur Lösung wirtschaftlicher und technischer Zukunftsaufgaben geschaffen.

Für beide Seiten, Unternehmen wie Kapitalanleger, stellt die Börse durch die

Neuemissionen ihre Leistungsfähigkeit erneut unter Beweis. So ist die Aktie als klassisches Finanzierungsinstrument für die Unternehmen heute lebendiger denn je. Für den Kapitalanleger bieten Neuemissionen interessante Perspektiven zur Abrundung seines Depots.

Wer das erweiterte Anlagespektrum der Börse nutzen will, sollte mit unserem Anlageberater über diese interessante Anlagemöglichkeit sprechen.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank





## Peres, Shamir und die geheime Diplomatie

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem  
Premierminister Peres eröffnete in einem TV-Interview am Sonntag, daß „ein gewisser Fortschritt“ in den Gesprächen zwischen Israel und Jordanien erzielt worden sei. Es handele sich aber mehr um „gegenseitiges Verständnis als um ein Abkommen“.

Solche Gespräche finden eigentlich schon seit Jahren statt. Seit Itzhak Rabin's Regierungsperiode 1974 bis 1977 hat sich König Hussein bereits mit jedem israelischen Premier getroffen, meist in der Wüste südlich vom Toten Meer, manchmal im Ausland. Die Begegnungen sind immer geheim und unterlagen stets der Militärszensur, um Hussein nicht zu schaden.

Auf niedrigerem Niveau finden Treffen zwischen Vertretern der beiden Staaten laufend statt. Peres hat dies nun intensiviert, das hat er sich im Koalitionsvertrag mit dem von Shamir geführten Likud ausbedungen. Und das hat auch in der nächsten Wahl Aspekt: Vor den nächsten Wahlen möchte Peres beweisen, daß er vorwärts kommt, wo der Likud stehengeblieben.

Ob ihm das gelingt, ist allerdings fraglich. Denn die im Camp-David-Abkommen von 1978 vorgesehene Autonomie für die Westbank, wird von der Bevölkerung dieses Gebietes aus Angst vor Repressalien der PLO abgelehnt. Peres hat nun den Gedanken eines „israelisch-jordanischen Kondominiums“ für die Westbank aufgeworfen. Das ist zwar kaum mehr als eine Neuformulierung; auch die Autonomie sieht eine gemeinsame Rolle für Israel und Jordanien für das Westjordanufer vor.

Doch Peres geht es vor allem darum, die Gespräche nicht einschlafen zu lassen. Mehrere Male hat er in den letzten Monaten erklärt, daß

noch lange keine Lösung in Sicht ist. Der Vorbehalt hat wieder innenpolitische Gründe: Arbeiterpartei und Likud gehen in ihren Anschauungen über die Bedingungen für einen Frieden mit Jordanien weit auseinander. Die Arbeiterpartei ist zu einem territorialen Kompromiß bereit, während der Likud auf keinen Fußbreit Boden verzichten will. Aber auch den Kompromiß der Arbeiterpartei lehnt Jordanien ab. Hussein besteht auf einer totalen Räumung des Westjordanufers, einschließlich Ost-Jerusalem.

Auch er will auf keinen Fußbreit verzichten, und ein Kompromiß ist hinaus nicht abzusehen. Gerade dieser Umstand ermöglichte vor zwei Jahren die Errichtung der nationalen Einheitsregierung: Ihre inneren Gegensätze in der Friedenspolitik sind in der Praxis bedeutungslos.

Außenminister Shamir gab einige Stunden nach Peres' TV-Interview bekannt, er sei über die Gespräche mit Jordanien vollkommen informiert und billige sie. Diese Feststellung war wiederum für den internen Konsum gedacht. Es soll sich nicht der Eindruck festsetzen, Peres umgehe Shamir in dessen Geschäftsbereich. Gleichzeitig jedoch machte Shamir klar, daß er nicht glaubt, daß wir einen Friedensvertrag oder einer ähnlichen Entwicklung näher gekommen sind.“ Ferner sagte er: „Wir haben ja schon seit Jahren einen Frieden de facto mit Jordanien.“ Beide Behauptungen stimmen. Allerdings hat sich König Hussein's Haltung jetzt verhärtet. Er ist von der Reaktion der Bevölkerung auf dem Westjordanufer nach seinem Bruch mit der PLO enttäuscht. Nach seiner Rede vom 19. Februar hatte er beifällige Bemerkungen aus der Westbank erhofft.

(SAD)



Enttäuschte König Hussein

## Stroessner gerät in Bedrängnis

Versorgungsengpässe und Skandale in Paraguay / Deutsche Journalisten verprügelt

WERNER THOMAS, Asunción

Die Kundgebung endete mit dem Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken der Sicherheitsbehörden. Sie erreichte mehr Aufsehen als andere Veranstaltungen dieser Art, weil diesmal auch fünf Ausländer Prügel besaßen, unter ihnen zwei Kameraleute des deutschen Fernsehens und der Bonner Diplomat Armin Steuer. Niemand erlitt ernste Verletzungen. Die Deutschen wurden nach vorübergehender Festnahme wieder freigelassen. Botschafter Gracher erhielt aus Bonn die Anweisung, „an hoher Stelle“ zu protestieren.

Die Frenschcrew hatte die bisher letzte Demonstration der paraguayischen Opposition dokumentieren wollen. Etwa 1000 Personen waren zum Haus des Exilpolitikers Domingo Laino marschiert, wo die Präsidentschaftskandidatur von Juan Carlos Zaldivar verkündet werden sollte. Zaldivar ist ein Vertreter der „Authentischen Radikalen Liberalen Partei“. Die Polizei durchkreuzte diese Pläne. Ähnlich erging es der Protestaktion einer Gewerkschaft der Krankenhaus-Angestellten drei Tage zuvor. Die 4000 bis 5000 Teilnehmer forderten zwar höhere Löhne. Sie skandierten aber den Sprechchor „Freiheit und Demokratie“.

Die Demonstrationen in der südamerikanischen Nation Paraguay signalisierten eine neue Situation: Ge-

neral Alfredo Stroessner (73), nach einer Amtszeit von 32 Jahren der dienstälteste Präsident des amerikanischen Kontinents, sieht sich plötzlich offener Kritik ausgesetzt. „Die Leute haben die Furcht vor diesem Regime verloren“, sagt Carmen de Lara Castro, die Präsidentin der paraguayischen Menschenrechtskommission. „Sie haben die Furcht verloren, weil die lange Stroessner-Ära ihre letzte Phase erreicht hat.“

Es gärt seit Monaten. Wirtschaftliche Rückschläge (Warenknappheiten, Exportverluste) und ein Zentralbank-Skandal (31 Personen sitzen wegen eines Umtauschschwindels im Gefängnis) brachten die Regierung in Verlegenheit und ins Kreuzfeuer oppositioneller Kritik. Als der haitianische Diktator Jean-Claude Duvalier Anfang Februar stürzte, eskalierten die Aktivitäten der Opposition. Ihre Anhänger marschierten durch die Straßen der Hauptstadt Asunción und riefen: „Heute Duvalier, morgen Stroessner und Pinochet!“ Der chilenische General Augusto Pinochet ist neben Stroessner der einzige rechte Diktator Lateinamerikas.

Am meisten leidet das Regime jedoch unter dem bitteren Konflikt innerhalb der regierenden Colorado-Partei. Die „Colorados“, die weitaus wichtigste politische Bewegung, der 1,2 der 3,5 Millionen Paraguayer ange-

hören, sind gespalten in den sogenannten „militanten“ Flügel und die Gruppe der „Traditionalisten“. Während die „Traditionalisten“ den Einfluß der Streitkräfte auf die Partei zurückdrängen wollen und einen Zivillisten als Stroessner-Nachfolger wünschen, lancieren ihre Kontrahenten uniformierte Nachfolgekandidaten. Stroessners Sohn Gustavo (43), ein Oberleutnant der Luftwaffe, zählt zum Favoritenkreis. Im März hatte der Colorado-Abgeordnete Angel Roberto Seifert in einer bisher beispiellosen Rede einen „Machtmißbrauch“ verurteilt, der Gewalt, Ungerechtigkeit und einen moralischen Zerfall auslöse.

Der deutschstämmige General – der Vater kam aus dem bayerischen Hof – kommentierte kürzlich vor seinen Ministern und den Kommandeuren der Streitkräfte den Parteikonflikt. Es gibt Leute, die zur anderen Seite überlaufen möchten, weil sie meinen, in das Schiff ströme Wasser. Das mag sein, aber wir werden das Leck reparieren.“ Stroessner weiter: „Wir müssen hart bleiben. Wir haben noch einige Überraschungen parat.“ Er ist nicht amtsüdt. Er will 1988 einen weiteren Wahlkampf bestreiten.

Percio Franco, ein oppositioneller Parlamentsabgeordneter, prophezeit für die nahe Zukunft eine „verstärkte Repression“.

## Seoul: Selbstmord aus Protest

AFP, Seoul

Bei Studentenunruhen in der süd-koreanischen Hauptstadt Seoul hat ein Demonstrant Selbstmord verübt. Er übergoß sich mit Benzin und sprang als brennende Fackel von einem dreistöckigen Gebäude. Ein zweiter Selbstmordkandidat wurde mit schweren Verbrennungen in ein Krankenhaus gebracht. Bei der Demonstration vor dem Seouler Hochschulgelände protestierten rund 300 Studenten gegen einwöchige Militärübungen, die sie zum Wochenbeginn antreten sollten. In Sprechchören behaupteten sie, bei dem Militärdienst sollten sie zu „Söldnern der USA“ ausgebildet werden. Ein Aufgebot von etwa 1800 Polizisten sprengte die Demonstranten auseinander.

## ETA-Führer in Frankreich gefaßt

dpa, Hendaye

Die französische Grenzpolizei hat den mutmaßlichen Führer des militärischen Zweigs der baskischen Untergrund-Organisation ETA festgenommen. Der 42-jährige Domingo Iturbe Abasalo (Deckname „Txomin“) wurde seit 1985 gesucht und fiel der Polizei bei einer Verkehrskontrolle in der Nähe des Pyrenäen-Ortes Arbonne in die Hände. Er wurde zum Verhör nach Hendaye gebracht, um wegen Bruchs der Vorschriften über die Zuweisung eines Aufenthaltsortes unter Anklage gestellt zu werden. „Txomin“ war im Februar 1985 aus Tours verschwunden, da ihm von der Justiz nach Verbüßung einer Haftstrafe als Aufenthaltsort zugewiesen worden war.

## „Vermißter“ tritt in Moskau auf

dpa, Moskau

Der seit zwei Monaten vermißte Redakteur des russischen Dienstes im Münchner US-Sender „Radio Liberty“, Oleg Tumanow, ist in die Sowjetunion zurückgekehrt. Gestern wurde er im Pressezentrum des Außenministeriums in Moskau vorgestellt, wobei er „Liberty“ vorwarf, von Mitarbeitern amerikanischer Geheimdienste durchsetzt zu sein. Zu seiner Rückkehr sagte Tumanow in einer einstudierten klingenden Erklärung, daß er 1965 mit „Jugendillusionen“ als Matrose von einem sowjetischen Kriegsschiff übergelaufen sei. Tumanow, seit 20 Jahren bei „Radio Liberty“ angestellt, erklärte, seine Rückkehr sei allerdings „natürlich und logisch“ gewesen.

## Moskau nimmt westliche Journalisten aufs Korn

Ungewöhnlich scharfe Hetze gegen US-Korrespondent

R.-M. BORNHÄSSER, Moskau

Einen scharfen Angriff gegen den Moskau-Korrespondenten des „Philadelphia Inquirer“, Donald Kimelman, hat die sowjetische Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ gestartet. Der Artikel geht mit den Vertretern der westlichen Presse allgemein und mit diesem amerikanischen Journalisten im besonderen hart ins Gericht. „Wir haben die schändliche Praxis, den ausländischen Gästen alles zu verzeihen, ohne sie für den zugefügten materiellen und geistigen Schaden zu bestrafen“, hebt der Artikel an. Im Ausland würden „ähnlich böse Handlungen ohne Konzessionen bestraft“.

Auch die Deutsche Welle

In diesem Zusammenhang wird der „Deutschen Welle“ vorgeworfen, sie verbreite Meldungen, wonach die in Moskau akkreditierten westlichen Korrespondenten „zunehmende Schwierigkeiten“ in ihrer Berichterstattung hätten, weil sie gezwungen seien, sich „vorsichtig zu benehmen“ und „zur Selbstzensur zu greifen“, um sich keinen Gefahren aussetzen. Die BBC fordere sogar eine Revision der sowjetischen Gesetzgebung, so empört sich die „Sowjetskaja Rossija“, weil diese „den Interessen der freien Presse widerspreche“. Es sei daher höchste Zeit, über die Grenzen der Gastfreundschaft für jene zu sprechen, die in die Sowjetunion mit „mühsam verborgenem Haß“ kämen, die die „sowjetische Lebensweise verleumdete und noch dazu alle sowjetischen Gesetze sowie die allgemeinen Normen des Anstands ignorierten“.

Niemand schränke die Arbeitsmöglichkeiten der ausländischen Korrespondenten in der UdSSR ein, behauptet die Zeitung. Vielmehr hätten die Korrespondenten jede Möglichkeit, objektive Informationen über alle Aspekte der sowjetischen Wirklichkeit zu sammeln. Schließlich „sprechen und schreiben wir selbst über alle Nachteile“. Aber Kritik sei eine Sache, Verleumdung eine andere. Denn die Verleumdung ohne Rücksichtnahme auf unsere Ordnung, dieser Weg der Wahrheit, ist für die Sowjetunion nicht annehmbar.“

Dann zieht die „Sowjetskaja Rossija“ am Beispiel des Amerikaners Kräftig vom Leder. Kimelman, „Sohn

eines Millionärs“, hätte sich nur mit „einer Handvoll von Abtrünnigen“ abgegeben, die den Weg der antgesellschaftlichen Tätigkeit beschritten hätten. „Menschen, die für gesetzwidrige Handlungen vor Gericht gestellt wurden“, behauptet das Sowjetblatt. Alle Informanten des amerikanischen Korrespondenten seien „Marionetten in der antisowjetischen Strategie“, „Lieferanten der Desinformation und Verleumdung des Sozialismus“. Nur mit diesen Menschen, die ihn mit Falschmeldungen über die angeblichen Verletzungen der Menschenrechte in der Sowjetunion versorgten hätten, hätte sich Kimelman umgeben.

Besonders wird dem Korrespondenten zum Vorwurf gemacht, daß er ständig „über die Erpressungen der Sowjetjuden“ berichtet hätte. Geradezu beleidigend ist der Vorwurf der „Sowjetskaja Rossija“, Kimelman, der selber 19 Verwandte wegen „faschistischen Genozids“ verloren habe, würde dennoch die Brutalität der Nazis rechtfertigen. Um den sowjetischen Lesern ein „abschreckendes Beispiel“ von den Methoden der westlichen Korrespondenten zu geben, wird auch noch beschrieben, wie der Korrespondent überhaupt an seine Informanten herankam. „Kimelman stellte eine Flasche Wodka auf den Tisch, nachdem er seinen Platz im Abteil des Zuges „Rußland“ eingenommen hatte. So wurde vieles einfacher, um Kontakte mit den Mitreisenden zu knüpfen, von denen er bestimmt etwas über die Überreibungen der Sowjetmacht hören wollte.“ Für die „Sowjetskaja Rossija“ ist der Korrespondent ein „Trunkenbold, der erst dann ruhig wurde, als er Abteil und Toilette versaut hatte“.

Empörung und Fragen

Auch der Vorwurf der Spionage gegen Kimelman taucht natürlich auf. Der Artikel hat unter den westlichen Korrespondenten große Empörung ausgelöst, gilt doch gerade dieser Korrespondent als besonders kenntnisreich und fair in seiner Berichterstattung. Kimelman ist seit 1983 auf seinem Moskauer Posten, den er im Sommer dieses Jahres verlassen wollte. Seine Kollegen fragen sich, ob dies der Beginn einer größeren Kampagne gegen westliche Korrespondenten ist.

## Krupp Umwelttechnik

Krupp baut Anlagen, mit denen pro Tag bis zu 30 Millionen Liter hochwertiges Trinkwasser aus Meerwasser gewonnen wird.

## Schon mal einen Schluck Meerwasser probiert?

Über 70 % der Erdoberfläche sind von Meerwasser bedeckt. Ein unerschöpfliches Reservoir gegen den Durst und für die Hygiene von Menschen, für die Zwecke der Landwirtschaft und Industrie. Krupp Industrietechnik, ein Unternehmen im Krupp-Konzern, ist einer der führenden Hersteller von Wasseraufbereitungsanlagen in aller Welt.

Bis 300 Liter Wasser pro Tag verbraucht heute jeder einzelne der 1 Millionen Einwohner von Riad, der Hauptstadt Saudi-Arabiens. Im Schnitt etwa soviel wie ein Bürger der USA.

Steigenden Bevölkerungszahlen und Hygieneansprüchen stehen aber – zum Beispiel in den



Ländern der arabischen Welt – immer weniger ergiebige Wasseradern, mehr und mehr erschöpfte Brunnen gegenüber.

Die Konsequenz: Mit den Mitteln moderner Anlagentechnik wird Meerwasser in Trinkwasser verwandelt. Krupp gehört zu den Herstellern mit der größten Erfahrung: über 3.000 Anlagen beweisen es.

Dabei wird aus 10 Litern Meerwasser 1 Liter reines Destillat gewonnen. 9 Liter gehen, geringfügig mit Salz angereichert, zurück ins Meer. Diesem Destillat fehlen zur Verwendung als Trinkwasser noch die lebenswichtigen Mineralien. Also wird es „verschnitten“ – gefiltertes Meereswasser wird so lange zugesetzt, bis die Normen der Weltgesundheitsorganisation genau erfüllt sind.

Darüber hinaus beweisen die Anlagen von Krupp, daß Probleme nicht einseitig gelöst werden müssen; sondern in voller Harmonie von Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit. Wie unsere Verfahren zur Abwasserreinigung, Geräuschdämmung und Wärmerückgewinnung, wie unsere Rauchgasentschwefelungsanlagen und Elektrofilter für Kohlekraftwerke.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.



KRUPP

Wenn Sie weitere Informationen über Krupp Umwelttechnik wünschen, wenden Sie sich bitte an Krupp Industrietechnik GmbH, Werk Grevenbroich, Ulfstr. 43, D-40468 Grevenbroich.

## Rabat hofft auf Gipfel

Schlüsselrolle für König Hassan / Vorbereitungen in Fes

PETER RUGE, Rabat

Fes ist für Ausländer von der marokkanischen Regierung zur „verbotenen Stadt“ erklärt worden. Das nährt die Vermutungen, daß der Arabische Gipfel doch noch stattfindet, trotz der Streitigkeiten in der „Liga der arabischen Staaten“ wegen der Tagesordnung. Politische Beobachter in der marokkanischen Hauptstadt Rabat sehen König Hassan II. in eine Schlüsselrolle hineinwachsen: Sowohl innerhalb des arabischen Blocks, als auch als Mittler zwischen den Mittelmeer-Anrainern auf afrikanischer und europäischer Seite. Registriert wird in diesem Zusammenhang der überraschende Besuch des französischen Außenministers Raimond in Rabat, der hohes Ansehen in den maghrebinischen Staaten genießt. Raimond überbrachte König Hassan II. eine Botschaft des französischen Premiers Chirac.

Marokkos Haltung in dieser Krisensituation ist nicht einfach. Einerseits durch einen „Unionspakt“ seit

1984 mit Libyen verbunden, könnten die Versuche Hassans II., einen Ausgleich zu finden, bei Khadhafi sofort den Verdacht auslösen, Marokko wolle sich aus seinen Beistandsverpflichtungen herausziehen. Dies brächte andererseits den König in die schwierige Lage, sich auf eine Verschärfung seines Grenzkrieges mit der Freiheitsbewegung „Polisario“ einstellen zu müssen, die von Khadhafi unterstützt wird.

Die Sondersitzung des Arabischen Gipfels hat eine Verlegung der Jahrestagung der Königlichen Akademie zur Folge, die kurzfristig von Fes nach Rabat umquartiert wurde. Die marokkanische Akademie, die von Hassan II. bereits vor Monaten aufgefördert wurde, zu Fragen des Terrorismus Stellung zu nehmen, umfaßt 120 Mitglieder. Zu den prominentesten Vertretern gehören der senegalesische Staatspräsident Senghor, Lord Chalfont, Edgar Faure, Henry Kissinger und Otto von Habsburg.

## Peking sucht „neue Freundschaft“

AFP, Peking

Ein verbessertes gegenseitiges Verständnis und einen verstärkten Austausch zwischen den Armeen der Volksrepublik China und der USA erhofft sich der chinesische Generalstabschef Yang Dezhi von seinem Besuch in den USA, den er heute antritt. Er sagte, sein USA-Besuch sei auf die Suche nach einer „neuen Freundschaft“, nicht jedoch gegen „ein drittes Land“ gerichtet. General Yang erwidert den China-Besuch des ehemaligen US-Generalstabschefs General John Vessey und seines Nachfolgers General William J. Crowe vom Januar vergangenen Jahres. Er wird in Amerika mit der US-Armeeführung zusammenkommen und eine Reihe von Militäreinheiten besuchen. Die amerikanisch-chinesischen Militärbeziehungen haben sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 13 Jahren deutlich gebessert. Im vergangenen Jahr hat China mit den USA einen Vertrag über mehrere Millionen Dollar zur Modernisierung seiner Flotte geschlossen.

## Ein Prozeß schafft böses Blut in Afrika

Burkina Faso zieht gegen Korruption in der Wirtschaftsgemeinschaft CEAO zu Felde

ACHIM REMDE, Ouagadougou

Der Saal war zum Bersten gefüllt, und als der Vorsitzende des „Volksgerichtshofs“ den Verurteilungsantrag der Verteidiger zurückwies, erhob sich brausender Applaus. Denn damit stand fest: Unwahrscheinliches würde geschehen: Muhammad Diawara, Ex-Minister der Elfenbeinküste, Moussa N'Gom, Senegalese, und Moussa Diakite aus Mali, alle ehemalige hohe Funktionäre der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEAO), würden wegen Veruntreuung von 6,5 Milliarden Cfa, immerhin umgerechnet etwa 40 Millionen Mark, tatsächlich zur Verantwortung gezogen. Sie erhielten je 15 Jahre Haft.

Damit endete vorerst die „Affäre Diawara“, die mit dessen Verhaftung im Oktober 1984 begonnen und im frankophonen Westafrika seitdem für beträchtliche Unruhe in Regierungskreisen gesorgt hatte. Politische Beobachter meinen sogar, daß sie die eigentliche Ursache für den sonst unerklärlichen weihnachtlichen Grenz-

krieg zwischen Mali und Burkina Faso, dem früheren Obervolta, war.

Warum die Aufregung? Korruptionsprozesse mit politischem Hintergrund sind in Afrika an sich nichts besonderes. Insbesondere jedem Staatsstreich folgen sie auf dem Fuß. Dann geht es nicht nur um Gefängnisstrafen, sondern um Leben und Tod. Doch im Falle Diawaras war nichts dergleichen erfolgt. Er erfreute sich bis zuletzt bester Beziehungen zu den Regierungen in Mali und Senegal, die – darauf glaubte er – bauen zu können – es nicht zum äußersten kommen lassen würden, denn ohne Zutun oder zumindest Duldung höchster Regierungsvertreter hätte er die Milliarden gar nicht beiseite schaffen können.

Als Hauptmann Thomas Sankara, Präsident von Burkina Faso („Land der Unbestechlichen“), im Oktober 1984 die CEAO-Präsidenschaft turnusmäßig übernahm und als erstes Diawara verhaften ließ, kam es zum Eklat. Die Mitgliedsstaaten boykot-

tierten die jährliche CEAO-Konferenz, die in Burkinas Hauptstadt Ouagadougou hätte stattfinden müssen. Der neuernannte CEAO-Generalsekretär, ein Malier, kritisierte öffentlich Sankaras Vorgehen und wurde von diesem als Persona non grata des Landes verwiesen. Es gehe nicht um Diawara, verkündete Sankara. Es gehe darum, daß 35 Millionen Menschen in den CEAO-Mitgliedsstaaten von einer korrupten Bürokratie mit Hilfe korrupter Regierungen systematisch jeglichen Fortschritts beraubt würden. Der Grenzkonflikt zwischen Burkina und Mali eskalierte daraufhin zum Krieg.

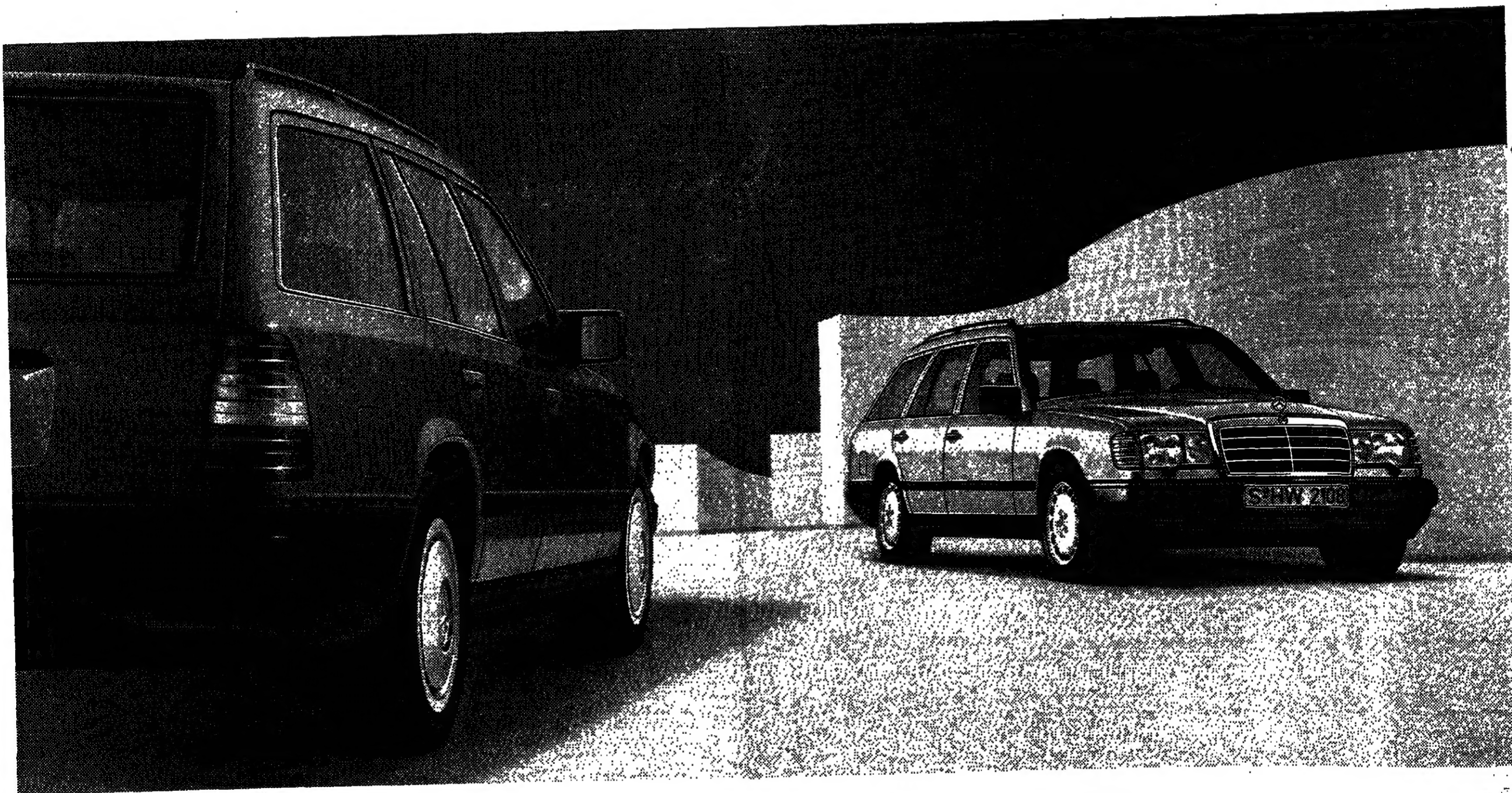
Die Abrechnung mit den korrupten Regierungen der CEAO-Mitgliedsstaaten, die Sankara sich von dem Diawara-Prozeß erhoffte, ist ihm nicht gelungen. Aber die Tatsache, daß Diawara und Genossen trotz ihrer Verbindungen verurteilt wurden, stellt einen Meilenstein in der politischen Entwicklung Afrikas dar.

## Marcos sprach zu 12 000 Anhängern

AP, Manila

Der ehemalige philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat von seinem Exil Hawaii aus per Telefon zu schätzungsweise 12 000 Anhängern in Manila gesprochen. Das Gespräch wurde mit einem Lautsprecher übertragen. Marcos forderte die versammelte Menge auf, gegen die Regierung von Corazon Aquino zu demonstrieren. Er bezeichnete sich als rechtmäßigen Präsidenten der Philippinen. Diese Auffassung verteilte er auch in einem Telefongespräch am Wochenende mit US-Präsident Reagan. Nach einem Bericht der „New York Times“ widersprach Reagan der Ansicht von Marcos und erklärte, die USA unterstützen jetzt Präsidentin Aquino. Bei dem dennoch als freundschaftlich bezeichneten Gespräch wurde, wie es hieß, die Situation des gestürzten Präsidenten „realistisch“ erörtert. Marcos-Anhänger veranstalten seit zwei Wochen Mahnwachen vor der US-Botschaft in Manila und beschuldigen die USA, Marcos „entführt“ zu haben.

# Einer der schönsten Gründe, Mercedes zu wählen.



## Die neue Generation der T-Limousinen.

Die Wertbeständigkeit und Zuverlässigkeit – aber auch die außergewöhnliche Sicherheit – veranlassen immer mehr Autofahrer, den Schritt zu Mercedes zu tun. Mit der Neuen T-Reihe sind drei weitere Gründe hinzugekommen:

Die richtungweisende Technik der Mittleren Mercedes-Klasse. Die weiter gesteigerte Vielseitigkeit und das hohe Ausstattungsniveau für Freizeit, Sport und Beruf.

Und nicht zuletzt die kraftvolle Linienführung der neuen Form: der elegante Rahmen für die praktischen Vorzüge dieser einzigartigen Automobilkonzeption. Technische Füh-

rung in Perfektion. Auch in bezug auf die Umweltentlastung.

Alle Benzin-Modelle sind als schadstoffarme Katalysatorfahrzeuge lieferbar. Oder können für den späteren problemlosen Katalysatoreinbau vorbereitet werden. Die Diesel-Modelle werden serienmäßig als schadstoffarme Fahrzeuge geliefert.

Ich bin interessiert an:  
☐ Prospektmaterial.  
☐ Terminvorschlag für eine Probefahrt.  
☐ Senden Sie mir den Video-Informationsfilm.  
 Preis: DM 30,- zahlbar nach Rechnungserhalt.  
 Mein Videosystem:

Name: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 Unsere Adresse: Daimler-Benz AG,  
 Abteilung VDI/VPE,  
 Postfach 202, 7000 Stuttgart 60



**MERCEDES-BENZ**  
 für guten Stern auf allen Straßen.

ch zu  
ingern

AP, Manila  
pinische Prä-  
s hat von sei-  
r Telefon zu  
Anhangern  
as Gespräch  
recher über  
die verstan-  
n die Regie-  
o zu demon-  
te sich als  
ten der Phü-  
ng vertrat er  
gespräch an  
IS-Präsident  
Bericht der  
widersprach  
Marcos und  
tützen jett  
dem den  
bezeichnete  
es hieß, die  
Präsidenten  
ros-Anhän-  
rei Wochen  
Botschaft in  
n die USA,  
en.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Zweierlei Menschenrechte?

**Südafrikanische Kinderrechte:** WELT vom 22. April  
Sehr geehrte Damen und Herren,  
ob ein Reisender dabei die Wirklichkeit wahrnimmt oder nur das, was schon vorher gemeint hat, hängt davon ab, ob er bereit ist, das Wesentliche wahrzunehmen und alle anzuhören. Für Brandt gilt dies sicher nicht. Er gibt nur brav wieder, was ihm seine Revolutionsfreunde erzählt haben. U. a. sein Friedensnobelpreiskollege Tutu. Brandt hatte dafür sicherlich Verständnis. Er hielt solche Auskünfte auch für die Meinung der Mehrheit. Darum konnte er sich ein Treffen mit den der Gewalt abgeneigten, verständigungsbereiten schwarzen Chiefs schenken.

Um sich aber noch einmal herzlich entsetzen zu können, sah er sich die Schwarzen-Vorstadt Alexandra an. Wie entsetzt würde er sein, wenn er sich einmal Slums in schwarzafrikanischen Ländern ansehen sollte? Dort aber kann er sich das Land nicht von Oppositionellen zeigen lassen. Die gibt es da gar nicht. Und die Regierungstreuen würden ihm schon einen Turken bauen, so daß er beruhigt nach Hause fahren könnte.

Soweto hat er sich lieber nicht angesehen. Das wäre zu komfortabel gewesen. Nun konnte er mit gutem Gewissen bei der Meinung bleiben, mit der er ins Land gekommen war.

„Ich habe mich nicht davon abbringen lassen“, schreibt er, „daß nur ein fundamentaler Wandel, nämlich der umfassende Verzicht auf weiße Rassenvorherrschaft, geeignet sein könnte, ein schreckliches, in die Abertausende gehendes Blutbad zu vermeiden.“ Brandt kann natürlich nicht begreifen, daß er gerade darin mit dem bösen Botha übereinstimmt, nur daß er alles auf einmal haben will, Botha aber eine Reform der kleinen Schritte als den einzig gangbaren Weg ansieht, um ein noch größeres Blutbad zu vermeiden.

Aber Brandt hält das für reine Kosmetik. Dabei müßte er doch aus der eigenen Politik mit der Methode der kleinen Schritte vertraut sein. Oder verleitet ihn gerade die eigene Erfahrung, diese Methode schlechthin mit Kosmetik gleichzusetzen?

Mit freundlichen Grüßen  
Professor Dr. H. D. Ortlieb,  
Hamburg 52

### Unklarheit

**Sehr geehrte Damen und Herren,**  
angesichts der dieser Tage stattfindenden Sozialwahlen stellt sich eine grundlegende Frage: Wie soll man eigentlich wählen, wenn keine Informationen über die Alternativen vorliegen?

Wenn ich einen Repräsentanten wähle, möchte ich zumindest wissen, wofür er steht. Die seit Wochen laufende Informationskampagne bezog sich jedoch allein auf die Tatsache der Wahl. Die Wahlunterlagen enthielten nur die Namen der Listen. Diese sind nicht aus sich heraus verständlich. Viele Listen sind untereinander verbunden. Das verstärkt die Unklarheit.

Wolfgang Gläser,  
Bonn 2

**Sehr geehrte Damen und Herren,**  
wie anders sehen die Reisen des gleichen Willy Brandt als SPD-Vorsitzender in die Volksrepublik Polen aus! Dort sucht er nicht ein Treffen mit den in schlimmster Unfreiheit lebenden Deutschen, kein Treffen mit führenden Persönlichkeiten der polnischen Opposition (in Freiheit oder im Gefängnis). Er erhebt keine klare, unmißverständliche Forderung nach Menschenrechten für die dort lebenden Angehörigen des eigenen Volkes, gegenüber denen wir eine besondere Schutzpflicht haben.

Will er nicht? Dann besteht wohl doch ein gestörtes Verhältnis zum deutschen Osten! Darf er nicht? Aber warum dann die Leisetreterei gegenüber den dortigen Machthabern im Gegensatz zu seiner abweisenden Haltung und lautstarken Kritik gegenüber den Regierungsmitgliedern Südafrikas?

Es wäre doch sehr zu begrüßen, wenn sich Herr Brandt in gleich engagierter Weise wie in Südafrika für die Menschenrechte der rund 3,5 Millionen Deutschen einsetzen würde, die östlich von Oder und Neiße sowie im Osten und Südosten Europas in permanenter ethnischer Anfeindung leben müssen.

Klas Lackschewitz,  
Generalsekretär des Bundes  
der Vertriebenen, Bonn

### Wort des Tages

„Es gibt keine größere Sünde als viele Wünsche.“

Laotse, chinesischer Philosoph  
(um 300 v. Chr.)

### Gleichgültig

**Sehr geehrter Herr Schell,**  
ich bin nach mehr als 20jähriger Berufstätigkeit im Ausland, vornehmlich in außereuropäischen Ländern, wieder in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt und nunmehr ein halbes Jahr ein aufmerksamer Beobachter vor allem des innenpolitischen Geschehens.

Ich bin (unter anderem) entsetzt, in wie geringem Maße die Bürger und zum Teil auch deren offizielle Vertreter über das Ausmaß und die Gefahren des Terrorismus unterrichtet sind.

Bedenklicher und vor allem gefährlicher scheint mir jedoch noch zu sein, daß viele Kreise dieses friedens- und lebensbedrohende Problem immer noch verharmlosen, ja sogar absichtlich übergehen. Dies schließt leider auch viele meiner alten Freunde und Bekannten ein, die sich, obwohl durchweg konservativer Tradition verbunden, mehr ihrer Staatsverdrossenheit hingeben.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Wolfgang W. Jäger,  
Erkath

### In einem Boot

**„Unklare Stelle“:** WELT vom 19. April  
Die Vertraulichkeit des SDI-Abkommens wurde gebrochen. Ein Staats- oder Dienstgeheimnis kam an die Öffentlichkeit. Das hat mit Verletzung des Pflicht- oder Moralbewußtseins zu tun.

Nach Herrn Conrad gilt dies allerdings nur für die Staatsbediensteten. Journalisten, die alltäglichen Richter über die Moral und Pflicht der anderen Menschen, fühlen sich selbst an diese Werte nicht gebunden.

Herr Conrad stellt fest: Geschadet hätten nicht die veröffentlichten Journalisten, sondern die Informanten. Da aber Informanten in einem solchen Fall nur Schaden stiften können, wenn sie den gleichen Mangel an Wertvorstellung bei den Journalisten voraussetzen können, sitzen beide immer im gleichen Boot.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Albrecht Pielcke,  
Hamburg 52

### Immer Asyl?

**„Bild sprecher Kuba“:** WELT vom 5. April  
Sehr geehrte Redaktion,  
Herr Götz kritisierte in seinem Kommentar die spanische Regierung, weil sie dem ehemaligen Vizeminister Kubas, Manuel Sanchez Perez, das Asylrecht verweigerte und ihm nur eine Aufenthaltsgenehmigung erteilte.

Herr Götz schreibt, daß der Mann mit Geld nach Spanien geschickt worden sei, um die NATO-Abstimmung zu beeinflussen. Auch die kubanische Regierung behauptet, daß in seinem Besitz eine größere Summe Regierungsgeld gewesen sei. Hat Herr Perez das Geld wieder nach Kuba zurückgeschickt? Dieser wichtige Punkt wird von Herrn Götz überhaupt nicht erwähnt.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß ein Vizeminister eines als totalitär dargestellten Regimes nicht automatisch durch seine Flucht vom Verfolgten zum Verfolgten werden kann. Der Begriff Asylant würde sonst lächerlich werden. Auch der ehemalige Diktator von Haiti möchte als Asylant anerkannt werden.

Hochachtungsvoll  
Herbert Wittenberg,  
Berlin 51

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntensprechend zu kürzen. Je kürzer die Zeilen sind, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

### Personen

#### UNIVERSITÄT

**Professor Dr. Erwin Hilger** (Experimentalphysik) ist auf Lebenszeit auf den Lehrstuhl für das Fach Experimentalphysik berufen und zum Mit-Direktor des Physikalischen Instituts bestellt worden.

**Dr. Peter H. Seeburg**, Senior Scientist Gentech Inc., aus San Francisco hat einen Ruf auf den Lehrstuhl („Stiftungsprofessor“) für Molekularbiologie am Zentrum für Molekulare Biologie der Heidelberger Universität erhalten und angenommen.

#### GEBURTSTAG

Sie ist so streitbar wie umstritten: Luise Rainer. Morgen wird die in der Nähe von Rom lebende deutsche Schriftstellerin 75 Jahre alt. Sie sagt von sich selbst: „Ich bin die geborene Rebellin und die geborene Sozialistin.“ Zu den bekanntesten Werken der häufig als „links-katholisch“ eingestuft Autorin gehören die Romane „Mitte des Lebens“ und „Mirjam“ sowie die Erzählungen „Die gläsernen Ringe“ und „Jan Lobel aus Warschau“. Luise Rainer veröffentlichte mehrere Tagebücher.

#### VERANSTALTUNGEN

Zu Ehren von Professor Karl Schiller, der in der vergangenen Woche 75 Jahre alt geworden war, hatte Wilhelm Nötling, Präsident der Landeszentralbank in Hamburg, zu einem Empfang geladen. Anlaß war die Überreichung einer Festschrift über „Die Zukunft der Globalsteuerung.“ Mit der Festschrift, so die Herausgeber Heiko Körner und Christian Uhlir, wolle man die große Leistung Schillers würdigen, ein breites theoretisches Fundament in praktische Politik umgesetzt zu haben. Die von ihm verfolgte Globalsteuerung sei auch heute realisierbar, wenn bestimmte Grundvoraussetzungen geschaffen würden. Schmunzelnd erwiderte Schiller, daß er dem Inhalt der Festschrift mit Spannung entgegensehe, schon deshalb, um herauszufinden, ob dort Thesen behandelt werden, von denen er sich heute längst getrennt habe. Nach vier Reden auf den Jubiläum suchte dieser Halt bei Konrad Adenauer. Der hatte bei einem Ge-

burtstagsempfang den zahlreichen Gratulanten erklärt: „Ich habe heute viele schöne Reden gehört, aber ich habe sie auch verdient.“ Die in Hamburg versammelten Weggefährten Schillers aus Politik und Wirtschaft stimmten dem voll zu.

Die Bundesrichterin Erika Scheffert, Mitglied der Satzungskommission des Deutschen Juristinnenbundes, war während einer Arbeitssitzung der Satzungskommission zu Gast im Verlagsgebäude der WELT in Bonn. Erika Scheffert gehört seit 1969 dem Bundesgerichtshof an. Sie ist Mitglied des 8. Senats, der zuständig ist für alle unerlaubten Handlungen im Bereich des Zivilrechtes. Dazu gehören auch Persönlichkeitsverletzungen, insbesondere in Presse- und Rundfunkbereich.

#### EHRUNGEN

**Franz Hange**, Leiter des Büros und Informationsamt der Bundesregierung, ist mit dem Komtur des



Franz Hange

Verdienstordens der Republik Italien geehrt worden. Der 64jährige Franz Hange, dpa-Sonderkorrespondent seit 1949 und Aufzeichner der Teegespräche bei Konrad Adenauer, erhielt die Auszeichnung in Würdigung seiner jahrzehntelangen Verdienste um die deutsch-italienische Zusammenarbeit.

Die Kölner Chemie-Professorin Frau Dr. Marianne Bandler ist mit dem Alfred-Stock-Gedächtnispreis ausgezeichnet worden. Die Professorin, Direktorin des Instituts für Anorganische Chemie der Universi-

tät zu Köln, erhielt den Preis vor allem für ihre wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Phosphorchemie, wo sie eine unerwartete Vielfalt neuer Verbindungen aufgefunden konnte.

Die Redakteurin der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), Diethild Treffert, erhielt den Hauptpreis der Printmedien des Katholischen Journalistenpreises 1986. Sie erhielt ihn für ihren Bericht „Der umgepflügte Acker“, in dem sie den religiösen Aufbruch in der Sowjetunion beschreibt. Der Hauptpreis elektronische Medien wurde dem Autor Günther Geisler für seinen Film „Die dritte Generation“ zugesprochen, den das ZDF als „Reportage am Montag“ ausgestrahlt hatte. Der Preis ist mit 15 000 Mark dotiert.

Es brutzelte und brodelte an allen Ecken und Enden, wie bei einem tätigen Vulkan. Doch der Geruch, der einem in die Nase zog, war nicht der schwefelige Atem eines Kraters, es duftete vielmehr appetitlich nach gebratenem Fisch und Fleisch. Sieger eines lukullischen Wettbewerbs um den Rudolf-Achenbach-Preis 1986 in der Jahrhunderthalle in Frankfurt-Höchst ist der 20jährige Oliver Altherr aus Backnang bei Stuttgart (Hotel Graf Zeppelin, Stuttgart). Er ist der beste Jungkoch. Für sein leckeres Vier-Gänge-Menü erhielt Altherr 1000 Mark und darf mit einer Auslandsreise zu einem internationalen Kochwettbewerb rechnen.

#### WAHL

Die Jahreshauptversammlung des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger hat in Bielefeld den Vorstand im Amt bestätigt: Dr. Joseph Schaffrath aus Düsseldorf wurde wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter wurden Hans Medernach aus Lüdendscheid und Bernhard Boll aus Solingen.

#### RUHESTAND

Kirchen-Verwaltungsobererrat Hans-Hermann Voigtmann, Geschäftsführer des Amtes für Gemeindedienst der Hannoverschen Landeskirche, ist nach 50jähriger Tätigkeit im kirchlichen Dienst in den Ruhestand gegangen.



# Können immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner versorgen?

Seit vielen Jahren sind bei uns die Geburtenziffern rückläufig. Dagegen nimmt die Lebenserwartung zu. In Zukunft werden also weniger Arbeitnehmer mehr Rentnern gegenüberstehen. Diese Entwicklung wird die Finanzierung unserer Renten künftig erschweren.

Deshalb ist es für Bürger und Staat gleichermaßen wichtig, nicht allein auf die gesetzliche Alterssicherung zu bauen, sondern heute noch mehr als bisher auf die eigenverantwortliche Vorsorge zu setzen.

Der Lebensversicherung kommt hierbei eine wachsende Bedeutung zu. Allein im Jahr 1984 betrugen die ausgezahlten Versicherungsleistungen über 20 Milliarden Mark. Und die Leistungen werden in Zukunft noch weiter wachsen.

Die Lebensversicherung stellt also eine notwendige und überzeugende Ergänzung zur Rente dar. Im Interesse aller.



**Lebensversicherung**  
Leben braucht Sicherheit.









BRASILILIEN

Autoproduktion kräftig erhöht

dpa/VWD, São Paulo  
Brasilien: Automobilindustrie arbeitet zur Zeit auf Hochtouren. Fahrzeuge aus dem sich rasch industrialisierenden Tropenland fahren bereits auf den Straßen aller fünf Kontinente, wenn auch in vergleichsweise geringen Stückzahlen. Doch das soll sich in den kommenden Jahren ändern. Wie der Präsident des Verbandes der Autohersteller (Anfavea), André Beer, in São Paulo mitteilte, sind im März 98 964 Fahrzeuge von den Montagebändern gerollt - 20 149 davon gingen in den Export.  
Sollte sich die Produktion in diesem Rhythmus in den kommenden Monaten fortsetzen, dürfte Brasilien 1988 ein "historisches Automobiljahr" erleben. Die Branche hätte mehr Autos hergestellt als im Boomjahr 1980 (1,16 Millionen Fahrzeuge). Die Gesamtkapazität der brasilianischen Automobilindustrie beträgt zur Zeit bei 1,3 Millionen Einheiten im Jahr.  
Rund 35 Prozent der brasilianischen Produktion werden in andere Länder verkauft. Vor zehn Jahren waren es erst knapp acht Prozent. Nach den Plänen der fünf großen Hersteller - Volkswagen, Ford, General Motors, Fiat und Mercedes-Benz (Omnibusse, Lkws) - soll sich der Exportanteil in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Zu diesem Zweck sind außergewöhnlich hohe Investitionen geplant. Volkswagen do Brasil wird im November eine ehrgeizige Vermarktungsaktion brasilianischer Autos in den USA und Kanada starten. Ihr Ziel ist es, von den Modellen Voyage (Limousine) und Parati (Kombi) 1987 in Nordamerika rund 100 000 Stück zu verkaufen.  
Im vergangenen Jahr produzierte Brasilien 759 487 Pkw und Kombis, wovon 157 041 in den Export gingen. An leichteren Nutzfahrzeugen stellten die Brasilianer 134 438 Stück her (Export: 36 083) und an schweren Nutzfahrzeugen 73 195 Stück (Export: 10 405). Insgesamt waren das 967 100 Fahrzeuge, von denen 203 529 ins Ausland geliefert wurden.

Wie Sie in zwei Tagen Ihr ganzes Leben in den Griff bekommen.



Mit dem "Time Manager". Auf unserem Seminar erfahren Sie, wie Sie mit dieser komplizierten "Denk-Zentrale" umgehen müssen, um zu klaren Zielen, sicheren Entscheidungen, zu mehr konzentrierter Gelassenheit zu kommen. Wie Sie Stress und Zeitnot vermeiden. Wie Sie Ihr Leben mit einem praktischen Begleiter systematisch besser in die Hand nehmen können.  
29./30.5.1988 in Hamburg  
time manager international  
Gefellensstraße 28 - 20080 Hamburg 28 - Tel. 040/48 30 33

BUNDESBahn / Gast der WELT Reiner Gohlke: Mit First-Class-Konzept soll die Zukunft der Schiene rosiger werden

Durch mehr Komfort aus dem Minus ins Plus

THOMAS LINKE, Bonn  
Er spricht nur so vor Initiative - und das muß er auch. "Denn Veränderungen ließen sich in meinem alten Unternehmen IBM in zwei Jahren vollziehen. Bei der Bundesbahn brauchen sie mindestens 10 Jahre." In einem WELT-Gespräch schilderte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, Reiner Gohlke, was er mit dem Verkehrsmittel noch alles vorhat. Die Erfolge seiner jetzt fast vierjährigen Amtszeit machen ihn dabei nur noch glaubwürdiger.  
Zum ersten Mal seit mehr als zehn Jahren konnte der Jahresfehlbetrag der Deutschen Bundesbahn im vergangenen Jahr unter drei Milliarden DM gehalten werden. Das Jahresergebnis war um 190 Millionen DM besser als 1984 und um 1,2 Milliarden DM günstiger als 1982. Der Bund zahlte 13,85 Milliarden DM an die Bahn.  
"Das sind jedoch keine Subventionen", wehrte sich Gohlke. Aufgrund ihrer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen erhalte die Bahn rund 9,4 Milliarden. Der Rest seien vor allem Investitionszuschüsse, rechnete der oberste Eisenbahner vor.  
Gohlke macht jedoch nicht den Eindruck, als wolle er sich auf seinen Erfolgen in irgendeiner Weise ausruhen. Sein Durchsetzungsvermögen zeigte der Vorstandsvorsitzende schon, als er die Belegschaft in den vier Jahren seiner Amtszeit um 43 000 Mitarbeiter reduzierte. Bis 1992 sollen es 90 000 sein.  
Zwar hat ihm sein IC-Konzept '85 im letzten Jahr durch Verdichtung

und Beschleunigung der Züge sowie verbesserten Service 11,5 Prozent mehr Reisende in diesem Sektor zugeführt, doch der erste Mann auf der Bundesbahn-Lok hat schon wieder neue Ideen. Luxus heißt das Stichwort. "Ich könnte mir gut noch eine dritte Klasse vorstellen. In abgetrennten Wagen wird dann ein Spezialessen serviert." Diese First-Class-Philosophie hat Gohlke bei den Fluggesellschaften abgeknüpft und dort rechnet sie sich seiner Meinung nach "phantastisch". Die Leute wollen diese zusätzlichen Angebote - davon ist Gohlke überzeugt. "Unsere Reisenden finden es doch toll, wenn ihnen ein Beamter einen Kaffee serviert".



Nur positives hört er auch von seinen Bediensteten, die für dieses neue Bahn-Gefühl nicht nur in schmuckeren Uniformen gesteckt wurden, sondern auch eine Extra-Ausbildung in zwei eigenen Schulen erhalten.  
Den Schuß Noblesse soll die Bahn nach Gohlkes Wünschen auch noch in anderen Bereichen auflegen. Daß dabei manch nostalgischer Eisenbahnfreund verpörrt wird, nimmt der Bundesbahn-Vorstandschef in Kauf. "Was nützt es mir, daß wir das Unter-

FRANKREICH / Kohlereviere um neue Industrien bemüht

Auslandsinvestoren im Blick

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris  
Die Kohlenkrise ist in Frankreich noch längst nicht ausgestanden. Auch in den nächsten Jahren muß die Förderung unter dem Druck steigender Kosten und sinkender Erlöse weiter reduziert werden. Nachdem sie von 60 Mill. Tonnen 1986, ihrem Höchststand, auf 16 Mill. Tonnen 1985 gefallen ist, hat sich die staatliche Charbonnages de France (CdF) für die Zeit ab 1990 eine Produktion von nur noch acht bis zwölf Mill. Tonnen jährlich zum Ziel gesetzt.  
Dieser Schrumpfungsprozeß trifft vor allem das nordfranzösische Revier (Nord-pas de Calais). Dort sind die abbaufähigen Vorkommen praktisch erschöpft. Der Betrieb wird dennoch aus sozialen Gründen fortgesetzt. Doch das Ende ist abzusehen. Zur Zeit fördern sie 2,5 Mill. Tonnen Kohle und beschäftigen 16 000 Personen, darunter 3000 Marokkaner - gegenüber 220 000 in den ersten Nachkriegsjahren.  
Nachdem sich der ursprüngliche Plan der sozialistischen Regierung, den Absatz der heimischen Kohle wieder zu steigern, als Illusion erwiesen hatte, verstärkte die CdF ihre Restrukturierungs-Initiativen vor allem im nordfranzösischen Revier. Zur Ansiedlung neuer Industrien wird neben üblichen Hilfen nicht nur Zechengebäude praktisch kostenlos zur Verfügung gestellt; eine besondere Finanzierungsgesellschaft für das nordfranzösische Revier (Finorpa) gewährt seit zwei Jahren darüber hinaus den

ÖSTERREICH / Gute Bedingungen für deutsche Exporte

Investitionsboom erwartet

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien  
Optimistischer als noch zu Jahresbeginn geben sich die Wirtschaftsforscher in Österreich, indem sie ihre Wachstumsprognose für 1988 von 2,5 auf drei Prozent erhöhen. Gegenüber der letzten Prognose vom Dezember, sieht die Einschätzung des Jahres 1988 aber auch im Detail anders aus. Maßgeblich dafür sind vor allem der Ölpreisverfall und die Währungsverschlebung. Gemeint ist vor allem der Wertverlust der US-Währung.  
Aus der traditionellen Orientierung an der D-Mark und aufgrund des Dollarkursverfalls errechnet sich eine effektive Höherbewertung des Schilling im Handel mit Industriewaren um real etwa zwei Prozent - die stärkste Wertsteigerung seit Anfang der achtziger Jahre. Dies veranlaßt die Prognostiker, den Anstieg der realen Warenexporte um einen Punkt auf sechs Prozent (bei Rückschlägen im Handel mit osteuropäischen Ländern und der Opec) zurückzunehmen. Wo bei aber immer noch Marktanteilegewinne im Ausmaß von etwa zwei Prozentpunkten angenommen werden.  
Negativ beeinflusst werden dürfte auch der Tourismus, der in Österreich mit Deviseneinnahmen von fast 100 Mrd. Schilling jährlich eine wesentliche Rolle spielt. Die Übernachtungszahlen im Sommer werden, so wie in den letzten Jahren, auch 1988 zurückgehen, die Deviseneinnahmen bestenfalls stagnieren. Im Winter konnte das Vorjahresergebnis nur mit Mühe gehalten werden.  
Positive Erwartungen betreffen die

HORTEN / Umsatzsprung im Jubiläumsjahr geplant

"Gesunder Warenhauskern"

J. GEHLHOFF, Düsseldorf  
In der nun 50jährigen Geschichte der Horten AG, Düsseldorf, "waren grundsätzlich die Warenhäuser Basis für den Erfolg". Mit diesem "nach wie vor gesunden Warenhauskern" wolle die Firma nach zehn Jahren der Konsolidierung, Rationalisierung und Kostenersparnis nun auch wieder deutlicher kontinuierliche Umsatzsteigerungen erzielen. Die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen dafür seien so günstig wie seit zehn Jahren nicht.  
Mit solchem Kommentar seines Vorstandssprechers Heinz Gossky startet der jüngste und kleinste der vier deutschen Warenhauskonzerne am 2. Mai sein Jubiläum-Verkaufswochen als "Einstieg für eine Politik der Umsatzsteigerung". Die Sonderaktion mit attraktiven Preisen und "knapp zweistelligem" Millionenbetrag an Werbeaufwand soll reichlich 100 Mill. DM Zusatzumsatz bringen. Damit und mit der für das "Normalgeschäft" geplanten Wachstumsrate von 2,8 Prozent soll der Umsatz der 58 Horten-Häuser, der sich 1985/86 (28.2) mit 1,3 Prozent Plus auf 2,91 Mrd. DM erst brachentypisch langsam erhöhte, im laufenden Jahr um gut 6 Prozent gesteigert werden.  
Zwar hat auch Horten bislang den vielzitierten Aufwind der Konsumkonjunktur noch nicht sonderlich gespürt. Der Umsatz lag im ersten Quartal 1988 erst um 1,3 Prozent höher als vor Jahresfrist. Doch wenn der Einzelhandelsmotor anspringt, meint Gossky, "sind die Warenhäuser von ihrer Struktur und durch die Sortimentsbreite die ersten, die das nutzen und davon profitieren".  
Auf das Jubiläum, das an den Firmengründer Helmut Horten, erste Warenhaus-Eröffnung am 9. Mai 1938 in Duisburg erinnert, fällt freilich aus 1985/86 ein Schatten. Hohe Verluste bei den zwei Diversifikationsversuchen Dogmoch/Vpsilon-Geschäftskartell und Peter Hahn (Modenhäuser plus Versandhandel) werden das positive Warenhaus-Ergebnis "spürbar belasten". Wie "spürbar" auch für die 40 000 Eigentümer von 250 Mill. DM Aktienkapital (51 Prozent beim BAT-Konzern und knapp 25 Prozent bei Deutsche Bank/Kommernbank) die im Vorjahr mit Gewinn-Vollabschüttung noch eine auf 4 (6) DM gekürzte Dividende erlitten, vertritt Gossky vor der Bilanzstimmung des Aufsichtsrates am 4. Juli ebenso wenig wie Gründe, Ausmaß und Remedien des Tochter-Verlustdebakels.  
Zuversichtlich aber zieht er die Entwicklungslinie des Konzerns seit jenen Jahren in die Zukunft weiter, als der seiner Firma nun längst entrückte, im Tessen lebende Helmut Horten (77) anno 1969/71 alle Aktien (zur Hälfte an Streubesitzer für 22 DM je Aktie) verkaufte. Oft sei der kleinste im Konzern-Quartett schon Schrittmacher mit neuen Marketing-Konzepten gewesen. Neues plane man auch in Zukunft. Zunächst allerdings eine "Forcierung des Tagesgeschäfts" mit der, sehr wesentlichen Komponente, daß die für 1986/87 geplanten 80 Mill. DM Investitionen der Modernisierung von 6 bis 10 Filialen gewidmet werden.

Bayer hat große Pläne in den USA

dpa/VWD, New York  
Bayer USA Inc., die neue Holding-Gesellschaft der Bayer AG für ihre amerikanischen Aktivitäten, will bis zum Ende des Jahrzehnts in den Vereinigten Staaten 1 Mrd. Dollar investieren. Der Schwerpunkt soll in der Forschung liegen, erklärte Konrad M. Wels, Präsident der Holding.  
Zum Geschäftssitz der Holding wurde Pittsburgh in Pennsylvania gewählt, der Standort der größten Bayer-Tochter Mobay Chemical Corp. Die anderen Betriebsgesellschaften sind Miles Laboratories Inc., Elkhart (Indiana), Agfa-Gevaert Inc., Teterboro (New Jersey), Compugraphic Corp., Wilmington (Massachusetts), Haarmann + Reimer Corp., Springfield (New Jersey), Helena Chemical Co., Memphis (Tennessee) und Deerfield Urethane Inc., South Deerfield (Massachusetts). Zusammen beschäftigen diese sieben Firmen 24 600 Mitarbeiter.  
Die Bayer-Unternehmen in den Vereinigten Staaten wiesen im vergangenen Jahr 4 Mrd. Dollar Umsatz aus - rund 25 Prozent des Konzernumsatzes. Für 1988 erwartet Wels fünf Prozent Zuwachs. Der Gewinn der sieben Betriebsgesellschaften erhöhte sich 1985 um 6,8 Prozent auf 203 Mill. Dollar.  
Im Januar einigte sich Bayer mit der Sterling Drug Co., die es dem deutschen Konzern erlaubte, in Nordamerika für den Vertrieb bestimmter Industrieerzeugnisse den Namen Bayer wieder zu benutzen. Nach dem Ersten Weltkrieg waren Vermögen und Name beschlagnahmt worden.  
Die Zahl der Aktionäre in Großbritannien hat sich seit dem Amtsantritt von Premierminister Thatcher (1979) auf mehr als sechs Millionen verdoppelt. Damit besitzen heute etwa 14 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Aktien. Dies ist ein erheblicher höherer Prozentsatz als eigentlich angenommen worden war. Die von der Marktforschungsgesellschaft National Opinion Polls im Auftrag des Schatzamtes durchgeführte Erhebung verdeutlicht die Bemühungen der Regierung Thatcher, den Aktienbesitz breiter zu streuen.  
Bemerkenswert ist insbesondere die Erkenntnis, daß fast die Hälfte der Aktionäre aus den mittleren und niedrigeren Einkommensschichten stammen. Dies ist ohne Frage eine direkte Folge des Privatisierungsprogramms unter Frau Thatcher. Ausgewirkt hat sich zudem die wachsende Beteiligung von Mitarbeitern am Aktienkapital ihrer Unternehmen.  
Für die Ausweitung des Aktienbesitzes hat Schatzkanzler Lawson einen in Frankreich und der Bundesrepublik bewährten Weg gewählt. Danach wird von Anfang nächsten Jahres an jeder Briten über 18 Jahre pro Monat bis zu 20 Pfund (gut 67 Mark) oder maximal 2400 Pfund (8000 DM) pro Jahr in einen persönlichen Aktienplan zum Aktienwerb investieren können, ohne daß reinvestierte Dividenden oder realisierte Kursgewinne versteuert werden müssen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Aktien für ein bis zwei Jahre gehalten werden.

Technik, mit der man sich versteht.



Wie man auch drahtlos einen "direkten Draht" zueinander hat. Mobil sein, nicht an den Arbeitsplatz gebunden, dennoch erreichbar bleiben und Verbindung haben, um auf wichtige Entscheidungen Einfluß nehmen zu können, zu jeder Zeit, von wo auch immer - die moderne Funktechnik macht es möglich. Mit MINIFON hat die ANT Nachrichtentechnik als größter deutscher Hersteller von Funkrufsystemen ein Geräteprogramm entwickelt, das gerade für diesen Bedarf ganz neue

Perspektiven eröffnet. MINIFON ermöglicht den drahtlosen Sprechverkehr innerhalb eines festgelegten Bereichs; und das von jedem Telefon innerhalb des Betriebsareals aus: bis zu 10.000 Mitarbeiter können per MINIFON direkt angewählt und, je nachdem, wo sie sich befinden, über ihr MINIFON oder Telefon erreicht werden. Darüber hinaus lassen sich auf dem eingebauten Anzeigen-Display des Empfängers durch Ziffern verschlüsselte Mitteilungen ablesen. Es ist sogar mög-

lich, daß Maschinen selbstständig über MINIFON dem zuständigen Wartungstechniker eine Störung anzeigen.

Wie in allen unseren Arbeitsgebieten, so beweisen wir auch hier mit modernster Technologie auf der Basis jahrzehntelanger Entwicklungsarbeit:

Kompetenz in Kommunikation.

ANT Niederlassungen in Berlin, Bonn, Darmstadt, Essen, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart.

ANT Nachrichtentechnik

ANT Nachrichtentechnik GmbH  
Gerberstraße 33, D-7150 Backnang  
Tel. (07191) 13-1, Telex 724 406-0





ARBEITSRECHT / Urteil zur Leistungsüberprüfung

# Technische Überwachung ist mitbestimmungspflichtig

Nicht nur bei der Überwachung einzelner Arbeitnehmer durch technische Kontrollgeräte, sondern auch dann kann der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht geltend machen, wenn die Leistung einer Akkordgruppe mit Hilfe eines Computers oder auf einem Bildschirm registriert wird. Das hat der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in seinem Beschluss 1 ABR 21/84 vom 13. 2. 1986 entschieden.

## URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

### Unfallrente

Auch beim Bezug einer ausländischen Unfallrente kann eine LVA die einem Versicherten gewährte Erwerbsunfähigkeitsrente aus der Arbeitslosenversicherung kürzen. Nach der Entscheidung 5b RJ 24/85 des Bundessozialgerichts vom 13. 3. 1986 gilt die entsprechende Bestimmung des Paragraphen 1278 der Reichsversicherungsordnung (RVO) zwar unmittelbar nur, wenn der Versicherte eine deutsche Unfallrente erhält. Doch ordnet der Paragraph 1279 a RVO die Anwendbarkeit des Paragraphen 1278 RVO auch an, wenn der Versicherte eine Unfallrente aus dem Ausland bezieht. Im konkreten Fall bezieht ein Versicherter seit 1968 eine Rente aus der belgischen Unfallversicherung und seit 1973 von der zuständigen LVA eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. Die LVA rechnete ihm die belgische Rente an. Das war zulässig.

### Konkursverwalter

Entgelte aus der eigentlichen Konkursverwaltertätigkeit eines Rechtsanwalts unterliegen nach Auffassung des Bundessozialgerichts (VR 99/78) nicht dem ermäßigten Umsatzsteuersatz, weil es sich insoweit nicht um eine berufstypische freiberufliche Tätigkeit handelt. Die Übernahme

von Konkursverwaltungen stellt keine dem Rechtsanwaltsberuf vorbehaltene oder ihm in besonderer Weise charakterisierende Tätigkeit dar. Eine andere Beurteilung hält der Bundesfinanzhof (VR 106/78) indessen für solche Leistungen gerechtfertigt, die auch im Rahmen von Konkursverwaltungen eines Rechtsanwalts nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte abrechenbar sind. Derartige steuerbegünstigte Anwaltsleistungen können in der Regel angenommen werden, wenn ein erfahrener Konkurs- oder Vergleichsverwalter, der nicht Rechtsanwalt ist, einen Rechtsanwalt zuziehen würde.

Diesen Zwängen könne sich der einzelne Arbeitnehmer als Gruppenmitglied nicht entziehen; auch er stehe damit unter dem Überwachungsdruck, der von der technischen Einrichtung ausgehe. Deshalb muß nach der höchstrichterlichen Entscheidung ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bejaht werden.

von Konkursverwaltungen stellt keine dem Rechtsanwaltsberuf vorbehaltene oder ihm in besonderer Weise charakterisierende Tätigkeit dar. Eine andere Beurteilung hält der Bundesfinanzhof (VR 106/78) indessen für solche Leistungen gerechtfertigt, die auch im Rahmen von Konkursverwaltungen eines Rechtsanwalts nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte abrechenbar sind. Derartige steuerbegünstigte Anwaltsleistungen können in der Regel angenommen werden, wenn ein erfahrener Konkurs- oder Vergleichsverwalter, der nicht Rechtsanwalt ist, einen Rechtsanwalt zuziehen würde.

### Beitrags-Nachentrichtung

Die Witwe eines rassistisch Verfolgten hat nach dem Urteil 12 RK 39/84 des Bundessozialgerichts vom 24. 10. 1985 keinen Anspruch darauf, Beiträge nachzutragen, wenn der Verstorbene überhaupt keine Beiträge zur deutschen Rentenversicherung entrichtet hat. Nach der entsprechenden Gesetzesbestimmung können Verfolgte mit einer Versicherungszeit von mindestens 60 Kalendermonaten, die vor Beginn der Verfolgung für mindestens 12 Monate freiwillig Beiträge entrichteten, Beiträge nachentrichten und dadurch eine höhere Rente erzielen.

MANAGEMENT / Neues Programm zur Personalentwicklung für Nachwuchskräfte

# Wie in Planspielen und Übungen die Führungspersönlichkeit heranreift

HEINZ STÜWE, Bonn  
Viele Führungskräfte fühlen sich nicht so recht wohl in ihrer Haut. Sie sind - ohne daß sie es zugeben würden - von ihrer Aufgabe überfordert. Auf etwa ein Drittel schätzt der Bonner Personalberater Wolfram Hatesaul den Anteil der Manager, die nicht auf der für sie richtigen Stelle eingesetzt sind. Einen Grund sieht er darin, daß Führungspositionen noch allzu häufig mit verdienten Fachspezialisten besetzt werden, denen eine konzeptionelle Gesamtsicht unternehmerischer Entscheidungen fehlt.

Ein häufiger Fall, der für viele andere steht: „Wenn der erfolgreichste Verkäufer gemacht wird, ist er zwar stolz, nicht selten später aber total unglücklich, weil er in seiner neuen Position viel weniger Kontakt zu den Kunden hat. Dafür ärgert er sich über Krankmeldungen oder überhöhte Spesenabrechnungen“, weiß Hatesaul aus seiner Beratungspraxis.

Durch eine gute Entwicklung und Vorbereitung des Führungsnachwuchses lassen sich derartige Probleme vermeiden. Sie muß nach Hatesauls Ansicht zum Arbeitgeber davor bewahren, bei Beförderungen „auf falsche Pferd zu setzen“, andererseits die Erwartungen des Nachwuchsmangers in einem sinnvollen Rahmen halten und ihn in die Lage versetzen, sich mit seinen Stärken und Schwächen richtig einzuschätzen. Diese doppelte Zielsetzung verfolgt Hatesaul mit einem neuen, in seiner Personalberatung entwickelten „Management-Potential-Programm“.

Es besteht aus fünf jeweils einwöchigen Seminarblöcken, die sich über ein Jahr verteilen. In den dreimonatigen Praxisphasen arbeiten die Teilnehmer an ihrem normalen Arbeitsplatz. Dabei wird die Nachwuchsführungskraft von einem Paten aus dem eigenen Unternehmen betreut. Dieser soll dabei helfen, die in den Semina-

ren erlernten Verhaltensmuster in die Praxis zu übertragen.

Das Programm beginnt mit einer „Management-Potential-Analyse“. In einer Woche, die ausgefüllt ist mit Rollenspielen, Übungen, Fallstudien, Diskussionen, Präsentationen und Interviews, werden die Teilnehmer maximal fünfzehn - systematisch ab-

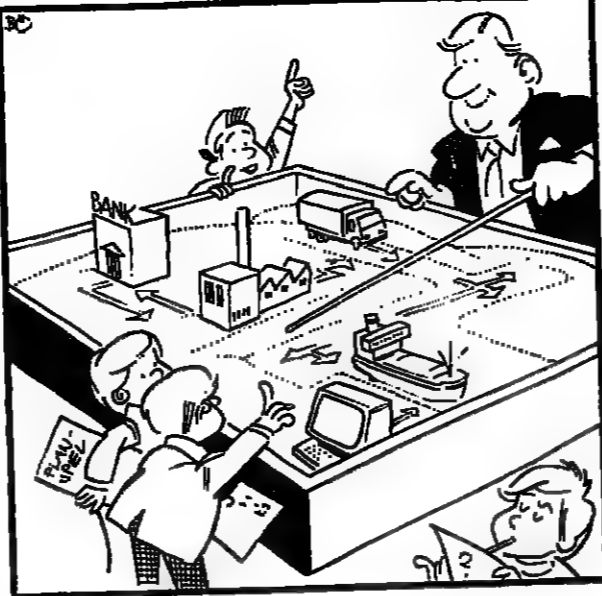
ges Problem sorgfältig analysieren, praktische Übungen schließen sich an. Ein Aufgabe lautet etwa so: „Stellen Sie sich vor, Sie starten morgen zu einer mehrwöchigen Urlaubsreise. Sie haben einen Nachmittag Zeit, um Ihre Einkäufe zu machen, zum Friseur und zum Postamt zu gehen, um 17 Uhr Ihre Frau vom Bahnhof abzuholen, das Auto zur Werkstatt zu bringen...“ Was sich recht einfach anhört, entpuppt sich als schwierige Organisationsaufgabe, für die es nur eine Lösung gibt und das Denken in Alternativen trainieren soll.

Andere Übungen zielen auf die Fähigkeit, Konflikte durchzustehen, widerstrebende Ziele zu vereinen, im richtigen Augenblick Experten zu Rate zu ziehen, schwache Signale, die Gefahren andeuten, zu erkennen, aber auch die Fähigkeit, in allen Aktivitäten die Werte der Unternehmensphilosophie zu verdeutlichen.

Eine Besonderheit des Programms ist ein „Konfrontationstraining“, bei dem ein Spitzenmanager eine Fallstudie präsentieren und gegenüber dem erfahrenen Praktiker begründen müssen.

„Der Gast versucht bewußt, die Teilnehmer herauszufordern, sie an ihre Leistungsgrenze zu bringen“, erläutert Friederichs. Ziel ist auch hier, daß die Jungmanager ihren eigenen Standpunkt, ihr „Selbstkonzept“ finden. Hilfestellung geben dabei ausführliche Gespräche mit dem Trainer und speziellen Seminarbeobachtern, in denen die Fortschritte und die noch vorhandenen Defizite des Teilnehmers ausführlich erörtert werden.

Diese Feedbacks hält Friederichs für besonders wichtig: „Vielen Führungskräften wird nie gesagt, welche Fehler sie machen, daß sie ständig ihre Mitarbeiter vor den Kopf stoßen. Sie werden bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit einfach allein gelassen.“



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

WIRTSCHAFTSINGENIEURE / Gute Berufschance..

# Die Promotion sichert einen Einkommensvorsprung

ANDREAS GERBER, Bonn  
Etwa die Hälfte aller Wirtschaftsingenieure verdient mehr als 100 000 DM im Jahr, 15 Prozent liegen mit ihrem Gehalt sogar über der 200 000-DM-Marke. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage, die die Berliner Professoren Helmut Baumgarten und Klaus Fellhauer im Herbst letzten Jahres unter den Mitgliedern des Verbandes Deutscher Wirtschaftsingenieure (VDI) durchgeführt haben und die in der neuesten Ausgabe der Verbandszeitschrift „Der Technologie Manager“ veröffentlicht ist.

60 Prozent der Befragten - fast ausschließlich Absolventen von Universitäten und Technischen Hochschulen - erhalten zwischen 60 000 und 150 000 DM. Die Wirtschaftsingenieure, die als Sachbearbeiter arbeiten - ein Viertel der Befragten, verdienen im Durchschnitt knapp unter 50 000 DM im Jahr. Die Abteilungsleiter kommen auf 126 000 DM, die Bereichsleiter erreichen im Durchschnitt 144 000 DM. Die Geschäftsführer geben ihr Einkommen mit 175 000 DM an. Auf der Vorstandsebene liegen die Gehälter über 200 000 DM. Die Selbstständigen schließlich, deren Anteil in letzter Zeit kontinuierlich auf heute 18 Prozent zugenommen hat, nennen im Durchschnitt ein Einkommen von 158 000 DM.

Mit wachsender Berufserfahrung steigt das Einkommen stetig an. Bemerkenswert ist, daß die promovierten Wirtschaftsingenieure - ihr Anteil liegt mit 24 Prozent recht hoch - schon in der Anfangsposition einen Gehaltvorsprung haben und diesen im Verlauf ihres Berufslebens noch weiter ausbauen können. Nach fünf bis acht Berufsjahren macht dieser Bonus für die Promovierten rund 30 000 DM aus, erreicht nach 17 bis 20 Jahren aber 55 000 DM im Jahr.

### Zwölf Semester Studium

Die meisten Wirtschaftsingenieure haben zwölf oder 13 Semester studiert. Ihr technischer Studienschwerpunkt lag überwiegend im Maschinenbau, Elektrotechnik, Informatik, Technische Chemie und Bauingenieurwesen folgen mit weitem Abstand. Mehr als drei Viertel der Wirtschaftsingenieure arbeiten in der Privatwirtschaft. Dabei ist die Industrie das klassische Arbeitsfeld, allerdings

finden Wirtschaftsingenieure in nahezu allen Branchen Beschäftigung. Nahezu die Hälfte der Berufsangehörigen arbeiten in Unternehmen mit weniger als 1000 Beschäftigten, etwa ein Drittel in Großbetrieben mit über 10 000 Mitarbeitern.

Sie sind ihrer Ausbildung entsprechend sowohl in technischen als auch in kaufmännischen Tätigkeitsfeldern anzutreffen, allerdings dominieren die kaufmännischen Arbeitsgebiete. Schwerpunkte sind Marketing/Vertrieb, Organisation und Planung sowie Beratung.

### Fachkenntnis reicht nicht

Die zukünftigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen werden von den jetzigen Stelleninhabern sehr günstig beurteilt. Die Hälfte der Befragten rechnet in den nächsten Jahren sogar mit einer zunehmenden Nachfrage. Das Studium allein bietet aber noch keine Gewähr für einen qualifizierten Arbeitsplatz, betonen die Autoren der Untersuchung. An Hochschulabsolventen würden weitgehende, über die Fachkenntnisse hinausreichende Anforderungen gestellt. An den ersten Rang stellten die befragten Führungskräfte die Menschenführung. Ebenfalls vorausgesetzt werden technisches-wirtschaftliches Verständnis, interdisziplinäres Denken, Kreativität sowie Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen. Dieser Rangfolge entspricht die Auslegung der Wirtschaftsingenieure, der Persönlichkeitsbildung im Studium größeres Gewicht beizumessen.

Offensichtlich spielen diese Fähigkeiten bei der Auswahl des Führungsnachwuchses eine wichtige Rolle. Denn nach Angaben der Befragten ist der Eindruck aus dem Vorstellungsgespräch das wichtigste Einstellungskriterium. Erst danach folgen die Ausbildungsfächer und die bisherigen Tätigkeiten.

Auf Hochschulabsolventen, die diese Hürden genommen haben, wartet ein Anfangsgehalt von durchschnittlich 48 000 DM. Am besten zahlen Banken und Versicherungen (55 000 DM). Mit Einstiegsgehältern über 50 000 DM können Berufsanfänger auch in der Chemieindustrie, bei Unternehmensberatungen, im Bergbau und in der Elektrotechnik rechnen.



Faszinierend.  
Der Aufstieg in die Fahrkultur.  
Honda Accord EXi

Sein Vorsprung fordert zum Vergleich: mit elitären Fahrwerken und dynamischen Triebwerken, die bisher als Privilegien der Oberklasse galten.  
Die Basis dieser großzügigen Kompakt-Limousine ist ihr in der Formel 1 gereiftes „Double Wishbone“-Fahr-

werk. Es steht für ein Höchstmaß an Präzision und Sicherheit in allen Fahrsituationen.  
Angetrieben wird die neue Honda Accord EX-Generation von einem Programm modernster 12-Ventil-Triebwerke. An der Spitze: die 2.0 EXi Einspritz-Version

mit 90 kW (122 PS). Kraftvolles Drehmoment, seidenweicher Durchzug und absolute Laufruhe eröffnen eine neue Dimension des kultivierten Reisens.  
Aus der Summe neuer Werte ist eine Fahrkultur entstanden, an deren Status sich die Elite messen wird.

Die erste Fahrt ist ein Erlebnis: der Schritt nach vorn in eine neue Klasse.  
Honda Deutschland GmbH, Offenbach/M.

**HONDA ACCORD**











